

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

134 (12.6.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnement: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 75 A, 1/2jähr. 2,25 A, zugestellt durch unsere Träger 85 A bezw. 2,55 A, durch den Postbot. 80 A bezw. 2,67 A, durch d. Feldpost 90 A bezw. 2,80 A; vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-7 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für große Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie. Karlsruhe.

Zum Balkanproblem.

Die Stellung der bulgarischen Sozialdemokratie zum Krieg und zur Balkanfrage.

C. B. Stockholm, den 6. Juni 1917.

Unter den nach der schwedischen Hauptstadt genommenen Vertretern der als „Weißerzige“ bekannten bulgarischen Parteimehrheit, ist auch Dr. Nikola Sakharoff, Mitglied des Parteivorstandes und des Parlaments, national-ökonomischer Schriftsteller und Redakteur des Parteiblattes in Sofia, „Narod“, „Das Volk“. Er gab uns die folgenden Aufschlüsse über die parteipolitischen und staatlichen Verhältnisse auf dem Balkan:

Das Balkanproblem besteht besonders in der mazedonischen Frage. Nach dem Stande unmittelbar vor dem Weltkrieg war das der Türkei durch den ersten Balkankrieg entworfene Mazedonien zum größten Teil in serbischen Besitz, zum kleineren im bulgarischen und der Rest war an Griechenland gekommen. Diese Teilung entsprach durchaus nicht den nationalen Verhältnissen. Schon in den letzten 20 Jahren vor dem Balkankrieg von 1912/13 war die ganze bulgarische Politik befeuert durch die mazedonische Frage. Im Kampf gegen unsere Nationalisten und Chauvinisten und wir bulgarischen Sozialdemokraten immer für die Autonomie Bulgariens eingetreten und, in Übereinstimmung mit unseren Bruderparteien, für die Föderation nationaler Balkanrepubliken, worin wir das Mittel sahen, um den schon immer drohenden Krieg zu vermeiden. Auch die Internationale hatte sich für die Autonomie Mazedoniens ausgesprochen. Als 1911 die Gefahr bestand, daß der türkisch-italienische Krieg sich auf den Balkan ausdehnen könnte, trafen wir zusammen mit den rumänischen Genossen in Bukarest das Programm der Balkanföderation auf und demonstrierten gegen den Krieg, gegen den wir bis zuletzt alles aufboten. Trotzdem brach der Balkankrieg am 17. September 1912 aus. Unsere damalige russophile Regierung hatte mit Serbien einen Geheimvertrag geschlossen, gleichzeitig gegen die Türkei loszugehen, Griechenland und Montenegro hatten nachher hinzu. Mit Griechenland aber hatte man nur eine Militärkonvention, keinen Teilungsvertrag geschlossen — der Keim zu dem früheren Konflikt wurde schon damals gelegt. Nach der vereinten Besiegung der Türkei fing man schon im Februar 1913 von serbischer Seite an, davon zu sprechen, daß der Vertrag nicht erfüllt werden sollte, weil Serbien zu wenig bekäme. Die serbischen Truppen standen in ganz Mazedonien, in Albanien, in dem von Oesterreich-Ungarn nach der Annexion Bosniens geräumten Sandtschaf Rumoljar und tief in Albanien, während die Bulgaren an der Thakalidische-Rinie die Hauptmacht der Türken festhielten. Serbien hatte in dem Vertrag anerkannt, daß fünf Sechstel Mazedoniens von Bulgaren bewohnt sind, nur das Sechstel von Westlich und nördlich davon wurde als bestrittene Zone erklärt. Der Zar sollte Schiedsrichter sein. Da aber die Serben den ganzen Vertrag nicht mehr anerkannten, wurde der Schiedspruch nicht erst eingeholt. Am 16. Juli 1913 brach der Krieg Serbiens und Griechenlands gegen Bulgarien aus und Rumänien trat zu den Feinden. Das russophile Bulgarien war gezwungen, am 29. Juli 1913 den Frieden von Bukarest zu schließen, wodurch die bulgarische Dobrußka mit den Städten Lutrafan, Dobritsch, Balthsch in Rumänien und Mazedonien, soweit es von den Serben besetzt war an Serbien, der südliche Teil an Griechenland fiel. Die Türken hatten in diesem kurzen Krieg Adrianopel wieder gewonnen und behielten es nach dem Friedensschluß vom 16. September 1913.

Der Bukarester Vertrag hat die ganze Zeit auf der Tagesordnung des Parlaments gestanden, ist aber niemals genehmigt worden, was nach der Verfassung notwendig wäre. Die Sozialdemokraten haben seit Ausbruch des Weltkrieges unausgesetzt gegen eine Parteinahme Bulgariens für eine der beiden Mächtegruppen, wofür es insbesondere die Entente an Versprechungen nicht fehlen ließ, mit all unseren Kräften gearbeitet, allein nachdem am 10. September 1915 die bewaffnete Neutralität erklärt worden war, trat Bulgarien 20 Tage später und ohne die verfassungsmäßige Zustimmung der Sobranje an die Seite der Zentralmächte und in den Weltkrieg ein. Erst 1 1/2 Monate später wurde die Kammer einberufen, in der wir nun für die Verbesserung der Lage der Soldaten und der Zivilbevölkerung tätig waren. Wir haben eine Unterstützung der Soldatenfamilien bewirkt, die 15-45 Fr. im Monat beträgt, die Kriegsgeldung der Soldaten ist von 6 auf 15 Fr. erhöht worden, es wurde ein Höchsttarif von 11 Stunden, für Frauen von 10 und für Kinder von 8 Stunden eingeführt und durch ein weiteres Gesetz wurden alle Privatunternehmer verpflichtet, rückwirkend vom 1. September 1916 an den einbezogenen Arbeitern und Angestellten das halbe Einkommen weiter zu zahlen und den nicht eingezogenen eine Erhöhung von mindestens 50 Prozent zu gewähren.

Was nun das Balkanproblem betrifft, so sind von den auch 2,3 Millionen Bewohnern Mazedoniens 1,1 Millionen

Bulgaren, 540 000 Türken, 250 000 Griechen, 185 000 Albanesen, 77 000 Wallachen (Rumänen), 43 000 Zigeuner und zusammen 1 060 000 Angehörige anderer Volksstämme, darunter die Juden und wenige Serben. Die Masse der Serben außerhalb des Königreichs, wie es bis zum Balkankrieg bestand, und außerhalb der südlichen Gebiete Oesterreich-Ungarns lebt im Sandtschaf Novipazar und in Albanien. An der Küste des Ägäischen Meeres wohnen überwiegend Griechen, Armenier und Juden, die 90 000 von den 140 000 Bewohnern Salonikis stellen, in Thrazien leben zum meist Bulgaren und Türken. Mazedonien als bulgarisches Land, so führt Sakharoff aus, soll Bulgarien gegeben werden, Serbien, da es wieder hergestellt werden muß, muß mit Montenegro unbedingt einen Ausgang zum Meere haben, es soll Albanien nördlich vom Schargebirge sich angliedern. Die genaue Bestimmung der Grenzen müssen wir der Diplomatie überlassen, da sie von strategischen, wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Rücksichten abhängt. Die uns 1913 abgenommene bulgarische Dobrußka muß an Bulgarien zurückfallen. Die übrige, 1878 den Rumänen als Erloß für Behorabien zugewiesene Dobrußka ist zwar unter anderem auch von Bulgaren bewohnt, aber sie sind durch eine Kolonisationspolitik rumänisiert, auch das weitere Schicksal dieses Gebiets ist von der Diplomatie zu bestimmen, weil es auch abhängig ist von der Frage der Zukunft Rumaniens und seiner Verbindung mit dem Meere.

Als Belege für diese Forderungen betreffend Mazedonien berufen wir uns, um nur auf die letzte Zeit zurückzugreifen, auf den Beschluß der Konstantinopler Großmächte-Konferenz von 1876, auf den Friedensvertrag von San Stefano 1878, auf den Sultansferman von 1870, durch den das bulgarische Erarchat gebildet wurde, auf den Vertrag mit Serbien von 1912, und auf die von Carnegie veranstaltete Enquete nach dem Balkankrieg, an der auch Miljukoff teilnahm, schließlich auf die Zustimmung der Ententemächte bei der Gründung des Balkanbundes.

Die serbischen Ansprüche auf Mazedonien datieren seit 1883, als König Milan Oesterreich-Ungarn gegenüber auf Bosnien-Herzegowina verzichtete und dafür freie Hand für seine Bestrebungen südwärts gegen Mazedonien erhielt.

Ueber seine Stockholmer Eindrücke befragt, erklärte Genosse Sakharoff: Wir sind sehr zufrieden mit dem holländisch-italienischen Komitee, das sich unter Hinzuziehung aller Gefühlsfäden sehr objektiv gehalten hat. Besonders zufrieden sind wir mit unseren zweimaligen Berliner Besprechungen mit der deutschen Parteimehrheit, ebenso mit unseren österreichischen und ungarischen Genossen. Wir hoffen, daß auch die Franzosen und Engländer nach Stockholm kommen und daß die Konferenz nicht nur Friedensserklärungen abgibt, sondern alle sozialdemokratischen Parteien zu praktischen gleichzeitigen Aktionen verpflichtet, die einen gewissen Druck in den Parlamenten ausüben und ihre Wirkung in den Völkern nicht verfehlen.

Mit unseren serbischen Genossen haben wir seit langer Zeit keine Verbindung mehr. Früher waren wir mit ihnen in der Mazedonischen und Balkanfrage durchaus einig. Ich glaube, so schloß unser bulgarischer Genosse, die Serben werden wieder für die Föderation der Balkanrepubliken eintreten, aber zu einem praktischen Schluß kommt man damit nicht. Vermutlich werden sie die Autonomie Mazedoniens fordern, aber ich bin sicher, daß die serbischen Genossen sich der Angliederung des bulgarischen Mazedoniens an Bulgarien nicht widerlegen werden, wenn das vereinigte Serbentum in Serbien, Montenegro, Albanien und Novipazar den Ausgang zum Meere bekommt.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, Amtlich, 11. Juni 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Dünenabschnitt bei Neuport und östlich von Ipern nahm gestern zeitweilig die Feuerstätigkeit erheblich an Stärke zu.

Auch im Kampfgebiet östlich von Wytschaete und Messines steigerte sich gegen Abend das Feuer. Nachts gingen nach heftigen Feuerüberfällen englische Kompanien gegen unsere Linien westlich von Hollebete und Wambete vor; sie wurden zurückgeschlagen. Südlich der Douve weiterten abends Angriffe der Engländer gegen die Töpferei westlich von Warneton.

Beiderseits des Kanals von La Bassée und auf dem südlichen Scarpe-Ufer unterband unser Berieselungsfeuer bei Festubert, Voos und Monchy die Durchführung sich vorbereitender englischer Angriffe. An der Straße La Bassée-Bethune, nordwestlich von Vermelles und bei Halluud wurden feindliche Erkundigungsvorstöße abgewie-

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames brachen zu überraschendem Handstreich westlich von Cerny Stoktrains ostpreussischer und westfälischer Regimenter in die französischen Gräben ein und machten die Besatzung, soweit sie nicht flüchtete, nieder und führten mit Gefangenen zurück.

Das hier einsetzende lebhafte Feuer dehnte sich auch auf die Nachbarrichtungen aus, blieb aber gering.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz.

ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Auf beiden Bardarufern und am Doiransee erfolgreiche Gefechte bulgarischer Posten.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 11. Juni, abends. (W.B. Amtlich.) An der flandrischen Front wechselnd starkes Feuer ohne besondere Kampfstätigkeit. Sonst nichts zu melden.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Eine Niederlage der 6. italienischen Armee.

Wien, 11. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher und Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der bereits seit einiger Zeit erwartete Angriff der 6. italienischen Armee auf die Hochfläche der Siebengemeinden und im Sogenerale hat begonnen.

Nach mehrtägiger, sorgfältiger Artillerieorbereitung warf gestern der Feind an der Front zwischen Asiago und der Brenta seine Infanterie in den Kampf. Nordwestlich von Asiago gelang es den Italienern unter großen Opfern, in unsere Gräben einzudringen. Am Abend war der Feind wieder völlig hinausgeworfen. Besonders hartnäckig wurde bei Casaro Sebido und im Gebiete des Monte Forno gerungen, wo der italienische Ansturm an der Tapferkeit schieferer Truppen gescheitert. Auch im Sogenerale scheiterten alle Angriffe des Feindes in unserer Geschützfeuer oder im Nahkampf. Unsere Flieger schossen zwei italienische Flugzeuge ab. Vom Asiago keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Der Widerstand der portugiesischen Truppen gegen ihre Verbringung nach Frankreich.

W.B. Berlin, 11. Juni. Portugiesische Gefangene vom 34. Inf.-Regt., die am 1. Juni bei Nischeourt in deutsche Hände fielen, berichten, daß sich bei ihrer Einschiffung unerhörte Vorgänge abgespielt haben. Fast keiner, vom einfachen Soldaten bis hinauf zum Offizier, ging gerne nach Frankreich. Hauptmann Machado Chanto fiel es daher nicht schwer, mit 10 Regimentern eine Revolte zu organisieren. Zur Strafe wurde er nach Angola in eine Art Verbannung geschickt. Die 10 Regimenter blieben zwei Monate in Festungshaft. Als das Regiment, eines der Gefangenen eingeschiffte wurde, weigerten sich 25 Offiziere des Regiments, mitzugehen. Sie blieben in Lissabon als Gefangene zurück.

Noch ein Drangsalierter.

W.B. Berlin, 11. Juni. (Nicht amtlich.) Der spanische Botschafter hat dem Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß nach einer ihm zugegangenen amtlichen Nachricht die dominikanische Republik von den Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßt worden sei, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Die Vertretung der deutschen Interessen in der Republik habe Spanien übernommen.

Die italienische Ministerkrise.

W.B. Bern, 11. Juni. Mailänder Blättern zufolge kam Kammerpräsident Marcora gestern in Rom an. Er hatte verschiedene Besprechungen mit Boselli, Bissolati, Bonomi und Commandini. Abends fand ein 3 1/2 stündiger Ministerrat unter Beteiligung Bissolatis und Commandinis statt. Heute vormittag werden weitere Beratungen zwischen Boselli, Bissolati, Sonnino, Orlando, Commandini und Canepa abgehalten. Da die nächsten drei Tage nicht ausreichen würden, um in allen Punkten eine Übereinstimmung zu erzielen, wurde bereits die Verchiebung der Wiedereröffnung der Kammer vom 11. auf den 20. Juni angeordnet.

Seite 4.
Bemerkungen und
renz.
Schholm wird
retungen ein
Sozialisten.
am Montag
und Sonnab
ber die Fried
Am Montag
datentes von
Der Arbeiter
folgende Erklä
die Fragen der
nommene Antw
dar, sondern
Vollzugsmaß
iter- und Sold
ai und den die
ellen Gesichts
datenat die et
Nach dieser
g der Ansicht,
sten Maßnah
heit zu corre
ung einer Ver
Regierungsfel
und daß die w
er der Offizie
st, in Bjock
lassen.
Wihelm
Karlsruhe,
ng
htartoffeln
haben, war j
Frühkartoffeln
wer zu erken
ung in den n
utung ist, hab
denbesicht er
12. Juni. W
ommen ist, mi
schung mit G
s bis zu 6 M
mehr als 200
stfältlich bis
en erhältlich
nicht erstattet.
1811
Karlsruhe
einschließlich
den Verkauf
einzuhalten:
60-100 Pfg.
20-30
20-30
15-25
17-18
35-40
20-40
70-80
15-20
20-25
25-30
5-15
20-25
30-70
5-13
3-10
60-80
70-80
45-50
15-20
40-50
30-40
40-45 Pfg.
70-75
waren.
en Fran
Frauenkultu
hr.
Pfg. zu allen
eben besond
Vorstand.

Französische Barbarei.

W.P. Berlin, 12. Juni. (Nicht amtlich.) Ueber eine neue Barbarei der Franzosen hat ein bei Verhaftung gefangener Angehöriger des 402. Inf.-Regts. aus: Einige Tage vor dem allgemeinen Angriff in der Champagne erhielten die Führer der Maschinenwehrtrompagnie den vom Korpsführer unterzeichneten Befehl, bei Teilen der Maschinengewehrtruppen die Kugeln umgekehrt in die Patronen zu stecken, um eine größere Geschosswirkung zu erzielen. Die Kompanieführer hegten Bedenken in Bezug auf zu große Kaderhemmungen. Darauf wurden Versuche angestellt, die ein befriedigendes Ergebnis erbrachten. Von 30 000 Patronen wurden 6000 umgeändert.

Frankreich und Rußland.

Berlin, 11. Juni. Ueber die Haltung Ribots in der Stockholmer Angelegenheit schreibt die „Gazette de Lausanne“ vom 7. ds. Mts.: Aus Ribots Rede gehe hervor, daß die französische Regierung augenblicklich auf vollkommene Übereinstimmung mit der russischen Regierung verzichte und daß sie es für richtiger hielte, sich mit Wilson zu verständigen.

Der spanische Ministerwechsel.

Madrid, 11. Juni. (W.P. Nicht amtlich.) Neuter meldet: Dato hat die Bildung des neuen Kabinetts übernommen.

Madrid, 11. Juni. (W.P. Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Garcia Prieto teilte mit, daß er dem Herrscher für den Beweis des Vertrauens seinen Dank ausspreche, aber die Kabinettsbildung ablehne. Darauf wurde Dato in den Palast gerufen.

Sprengung einer Pazifisten-Versammlung in Liverpool.

London, 11. Juni. (W.P. Nicht amtlich.) Neuter meldet aus Liverpool, daß dort eine pazifistische Versammlung, die dort als Sympathieumgebung für die russische Revolution angelegt worden war, nach Lärmhosen zerprengt wurde.

Wiederaufbau der rumänischen Petroleumindustrie.

Bukarest, 11. Juni. (W.P. Nicht amtlich.) Die rumänische Erdölindustrie ist trotz der rücksichtslosen Zerstörungen, die im vorigen Herbst unter englischer Leitung stattgefunden haben, im blühendsten Wiederaufbau begriffen. Die Produktion nimmt von Woche zu Woche zu und stellt den dringendsten Bedarf der Mittelmächte an den für die Kriegführung und den Verkehr wichtigsten Mittel umbringt sicher.

Die Revolution in Rußland.

Großfürst Nikolai unter Anklage.

Einer Drahtmeldung der „Post“ aus Stockholm zufolge wird der russische Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der vor kurzem in Tiflis verhaftet worden ist, in den nächsten Tagen nach Petersburg überführt, um sich dort zu verantworten. Wie jetzt bekannt wird, ist die Verhaftung vorgenommen worden, weil in dem Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow belastendes Material gegen den Großfürsten aufgefunden worden ist.

Autonomie-Forderungen der Ukrainer.

Stockholm, 11. Juni. In Kiew hat sich ein Generalkomitee der ukrainischen Armee organisiert. Er hat sich nach Petersburg begeben, um wie er in einem Aufruf an die Bevölkerung erklärt, von der Petersburger Regierung die sofortige Erklärung der ukrainischen Autonomie durch einen Regierungsakt, die Organisation einer besonderen ukrainischen Armee und die Ukrainisierung der gesamten Schwarzen Meerflotte zu fordern.

Troelstra zweiter Stockholmer Brief.

(Von unserem Korrespondenten im Haag.)

„Het Volk“ vom 1. Juni veröffentlicht den zweiten Stockholmer Brief des Genossen Troelstra, der vom 27. Mai datiert ist. Der Brief enthält neben beachtenswerten allgemeinen Betrachtungen auch eine wichtige Mitteilung über die Stellung der Entente-Sozialisten zur Stockholmer Konferenz. Nach Neußerungen des holländischen Genossen Albarba mußte es scheinen, als ob Banderbelde sich auf seiner Reise nach Rußland von der Zweckmäßigkeit der Stockholmer Vorbesprechungen hätte überzeugen lassen und bereit sei, seinen Einfluß für die Teilnahme der Franzosen und Engländer an den Stockholmer Verhandlungen einzusetzen. Jetzt erfahren wir aus dem Briefe des Genossen Troelstra, daß Banderbelde, wenn er davon sprach, daß Stockholm nützlich sein könne, jedenfalls nicht an den Ruhen für einen baldigen Friedensschluß gedacht haben kann, denn Troelstra läßt in seinem Briefe — gewiß nicht ohne triftigen Grund! — die Bemerkung einfließen, daß Banderbelde auch jetzt noch Gegner eines Friedens durch Unterhandlungen ist und nach wie vor auf den Sieg der Entente warten will. In diesem Zusammenhange ist auch darauf hinzuweisen, daß der französische Ministerpräsident Ribot, als er die Passiverweigerung begründete, sich ausdrücklich darauf berief, daß auch Banderbelde Gegner einer Friedensverhandlung — in gegenwärtiger Zeit sei. Sicherlich hat er sich nicht unbefugt auf den belgischen Minister berufen, und die französischen Sozialisten haben darauf nichts erwidert. Daraus sieht man, wie sehr uns deutschen Sozialdemokraten Mißtrauen nicht tut. Wir müssen klar sehen und uns nicht von unserem allezeit ehrlichen Willen zur Verständigung durch — sagen wir — opportunistische Berichte in unsere alte Vertrauenslosigkeit einfließen lassen. Die sachlich wichtigsten Stellen aus dem Briefe Troelstra, dessen Verantwortlichkeitsgefühl und Unparteilichkeit immer wieder Anerkennung verdienen, lauten folgendermaßen: „Schon vor mehr denn zwei Jahren habe ich die deutschen Sozialdemokraten darauf aufmerksam gemacht, daß ein Moment im Verlauf des Krieges kommen muß, wo das nationale Interesse, das ursprünglich die sozialdemokratischen Parteien zwang, die Regierungspolitik zu stützen, nicht die Fortsetzung des Krieges, sondern seine Beendigung heißen würde. In meiner Rede auf der Haager Konferenz 1916 habe ich die Gründe genannt, warum

meines Erachtens dieser Zeitpunkt für die Sozialisten aller Länder gekommen war. Wir standen damals am Vorabend der großen Offensive im Westen, die nichts anderes gebracht hat, als ein Nordschicksal in großem Maßstabe mit einer geringen Frontveränderung zum Nachteil der Mittelmächte, welche letztere den Schaden gutmachen konnten durch die Eroberung Rumäniens, das sich unter großem Beifall in den Krieg gestürzt hatte. Jetzt sehen wir wiederum einen groß angelegten Versuch, den Deutschen im Westen den Gnadenloß zu versehen, mißglückt, ebenso wie die Offensive am Isonzo. Dafür brachte die Fortsetzung des Krieges (zu Lande) den verschärften Tauchbootkrieg. Ein barbarisches Kampfmittel, das in seinem Neuzugriffen jenseitiger erscheint, aber in seinem Wesen nicht barbarischer ist als der weiße Tod, womit Englands Hungerkrieg die Mittelmächte und die Neutralen züchtigt.

Was soll nun werden, wenn nicht baldigst Friede wird? Ich frage meinen Freund Banderbelde, ob — wenn ihm der gegenwärtige Zeitpunkt für das Erreichen guter Friedensbedingungen nicht geeignet erscheint — er mir sagen könne, wann er diese Zeit wohl für gekommen erachte. Er antwortete, daß er jetzt überzeugt sei von dem endgültigen Siege der Entente.

Es erscheint mir allerdings, daß die Möglichkeit dieses Sieges theoretisch, d. h. als Rechenexempel (numerisches Übergewicht an Soldaten und Munition, Hilfe Amerikas usw.) betrachtet, gegeben werden kann. Aber was hilft die Theorie? Es kommt auch auf Organisationskunst und Feldherrntalent an. Und dann: Wässer sind keine Fleischbrot. Denn diese fürchterliche Tragödie spielt sich unter Menschen ab. Und die Menschen haben menschliche Bedürfnisse, Wünsche, Lebensinstinkte. Vor allem auch Mitleid. Sollen diese solange tauglich bleiben, wie es nach den Berechnungen der Staatsmänner und Generale nötig wäre, bis der theoretisch denkbare Sieg eine Tatsache geworden? Und wieviel Bewoher werden dann in den siegenden Ländern noch vorhanden sein, um das Siegesfest zu feiern? ...

Die russische Revolution, ursprünglich — mit Recht und Unrecht — als ein englisches Manöver hingestellt, womit die östlichen Bundesgenossen auf weitere Weite gestellt werden sollen, hat Rußland als Kriegsfaktor ausgeschaltet. Eine tödliche Enttäuschung für die Entente. Und wie lange wird Oesterreich die Kriegspolitik Deutschlands, die noch immer die Möglichkeit von Anexionen offen läßt, imstande sein, mitmachen zu können? Die Deutschen haben härtere Kerben als die sensiblen Oesterreicher. Das möge man doch in Berlin nicht vergessen!

Sollen die politischen Führer des Proletariats in den kriegführenden Ländern — wenn einerseits das Debakle der Herrschenden eingetreten und andererseits der neue ideelle Aufschwung der Arbeiterklasse begonnen hat, mit den Herrschenden vor ihren Wölfen als Schuldige an dem Uebergang dassehen? Oder sollen sie sagen können, daß sie nicht blindlings bis zum Untergang mitgegangen, vielmehr in dem Augenblick, wo die Fortsetzung des Krieges durch ein nationales Interesse nicht mehr zu rechtfertigen war, und die Internationale alle Sozialisten zu einer gemeinsamen Aktion für den Frieden aufrief, dazu bereit gewesen sind.

Dem sei hinzugefügt, daß Genosse Troelstra weit entfernt ist, irgend welche politische Sympathien für die „noch immer mehr oder minder feudale regierten“ Mittelmächte zu hegen. Das hat er nicht nur in seinem Schlußreferat auf der Haager Konferenz im August v. J., sondern noch jüngst im Haag gelegentlich der Feier der russischen Revolution deutlich zu erkennen gegeben.

Aus der Partei.

Erstwahl zur bremischen Bürgerschaft. Für den verstorbenen Genossen Wilhelm Holzmeier findet am 11. Juni eine Erstwahl zur bremischen Bürgerschaft statt. Die Sozialdemokratie stellt als Kandidaten den Lagerhalter Ludwig Schüller auf. Die „Anhängigen“ haben ebenfalls einen Kandidaten aufgestellt: den Buchhändler Klavitter. Interessantes ist aus deren Agitation zu berichten, daß sie mit keinem Wort die Frage der Landesverteidigung berühren, obwohl die Führer aller Kinderbetriebsrichtungen in Bremen im Prinzip die Landesverteidigung verneinen. Man fürchtet sich vor den eigenen Grundrissen!

7000 Leser im Felde, die unmittelbar bei der Expedition selbst abonniert haben, hat die „Breslauer Volkswacht“ am 6. Juni erreicht. Im Februar 1916 waren es 2000, im Juli 1916 3000, im November 1916 4000, im März 1917 5000, im Mai 1917 6000 und im Juni 1917 7000. Die Gewinnung der letzten Tausend neuer Abonnenten hat also kaum 4 Wochen gebauert. Die „Breslauer Volkswacht“ vertritt mit besonderer Entschiedenheit einerseits den Gedanken der Landesverteidigung gegen alle Versuche Deutschlands Grenzen oder Unabhängigkeit zu schmälern und andererseits das Friedensverlangen der breiten Massen des Volkes.

Die neue „Gleichheit“. Am 8. Juni ist die erste Nummer der „Gleichheit“ unter der neuen Redaktion von Marie Juchacz und Heinrich Schulz erschienen. Sie legt in einem Einleitungsartikel die Gründe dar, welche die Entlassung Klara Zellins unvermeidlich gemacht haben, und betont dabei die außerordentliche Duldsamkeit, welche die Partei ihr 2 Jahre lang entgegengebracht hat, obwohl sie in immer schärferer Opposition nicht nur zu den Anschauungen der Partei, sondern auch zu ihrer Organisation trat. Für die mehr als 20jährige Arbeit, die Klara Zellin als leidenschaftliche Kämpferin und unermüdete Arbeiterin und hochintelligente Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung und der „Gleichheit“ geleistet hat, wird ihr trotz der Trennung Dank entgegengebracht. Zugleich wird erklärt das Blatt, von nun an die demokratische Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit vertreten und wieder das demokratische Programm als Richtschnur anerkennen zu wollen. Ein starkes und freies Deutschland sei die erste Vorbedingung für eine freie und freie deutsche Arbeiterbewegung, sowie für die Fortentwicklung der deutschen Kultur. In diesem Rahmen wird die „Gleichheit“ künftig für die Befreiung der Arbeiterklasse und Gleichberechtigung der Frau kämpfen und sich bemühen, durch politische Aufklärung, leicht verständliche Belehrung und wertvolle Unterhaltung ihren Platz neben den Tageszeitungen der Partei und neben der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ auszufüllen. Wir wünschen dem reorganisierten Frauenblatt der Partei, daß es namentlich dem Verprechen der Gemeinverständlichkeit, die bisher in der „Gleichheit“ so sehr fehlte, treu bleiben und zahlreiche Leser finden möge.

Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie. Vorgehen und gesehen hat in Bern der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie stattgefunden. U. a. wurde ein Glückwunschtelegramm an die Petersburger Arbeiterpartei zur glücklichen Durchführung der Revolution abgefaßt. In der Frage der Besichtigung des Internationalen sozialistischen Bureaus (alte Internationale) wurde eine Entschließung angenommen, in der sich der Parteitag, mit der an der Berner Konferenz geübten Kritik und Verurteilung der Haltung des Internationalen sozialistischen Bureaus einverstanden erklärt, die Politik der Sozial-Imperialisten und Sozial-Patrioten durch eine Entschließung entschieden verurteilt unter der Betonung des

Grundfaktes des Klassenkampfes. Den Hauptberatungsgegenstand des Parteitages bildete die Stellungnahme zum Militarismus. Nach langer Aussprache wurde ein Antrag angenommen, der grundsätzlich den Kampf gegen den Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus, sowie gegen die bürgerliche Jugendziehung enthält. Die Partei und ihre Vertreter bei den Behörden sollen die Forderungen, Kredite und Geleise, die der Aufrechterhaltung der Stärkung des Militarismus dienen oder Gefahren kriegerischer Verwicklung heraufbeschwören können, ablehnen. Dieser Antrag war lebhaft bekämpft worden, u. a. von den bekannten parlamentarischen Führern der schweizerischen Sozialdemokratie, Nationalrat Greulich (Zürich) und Gustav Müller (Bern), die die Pflicht zur Landesverteidigung gegen jeden Angriff betonten und den Standpunkt vertraten, daß Entschließungen in Militärfrage nur auf einem internationalen Kongreß beschlossen werden können.

Ausland.

Die Aufopferung des serbischen Heeres durch die Entente.

Die serbische Geandtschaft im Haag wendet sich in einem Schreiben gegen die Berichte des Balkan-Korrespondenten der „Nieuwe Rotterdamse Courant“. Dieser hat mitgeteilt, daß das Heer des serbischen Heeres in den Kämpfen um Monastir im Dezember vor. J. kaum noch 20 000 Mann betragen habe und seiher auf 25 000 Mann gewachsen sei. Dienen kümmerlichen Rest der serbischen Truppen hätten nun die Ententemächte wieder in ein besonders unwirtliches und schwieriges Gebiet geschickt. In Serbien kämpften auch dort wieder mit unvergleichlichem Mut und zäher Ausdauer, aber die Gefangenen machten kein Ende daraus, daß sie nur durch die Drohung dazu veranlaßt worden seien, bei die Entente andernfalls Serbien vollkommen fallen lassen werden. Die serbische Geandtschaft behauptet demgegenüber, daß die Stärke des serbischen Heeres viel größer sei, nennt aber keine Zahl. Das serbische Heer tue in jeder Stellung sein Bestes, um es auf vaterländischem Boden kämpfe. Daran schließt sich ein längerer Vorlesung auf die Wohlthaten der Entente gegenüber Serbien und ein Angriff auf die Mittelmächte wegen der Behauptung der serbischen Kriegsgefangenen.

Anderes darf unter der Aufsicht seiner „Wohltäter“ der serbische Geandtschaft natürlich nicht schreiben, aber gerade die entscheidende Tatsachengruppe des neutralen Korrespondenten berührt er nicht, und er hat auch gegen den Artikel von Nla Militsch kein sterbendes Wort, der vor einigen Wochen in „Het Volk“ erschienen — im belgischen „Socialiste“ wurde er gegen Befragung der genauen die Entente gerichteten Kritik wiedergegeben — nichts einzuwenden vermochte.

Französische Freiheit!

Wie die „Humanité“ vom 1. Juni in ihrem Berichte über die sozialistische Fraktionssitzung am 25. Mai mitteilt, wurde in dem die Abhaltung einer Versammlung, die sich mit der russischen Revolution beschäftigen sollte, polizeilich verboten. Der sozialistische Abgeordnete Boillot erklärte der Fraktion, er werde in Angelegenheit in der Kammer zur Sprache bringen.

Zum Kongreß in Stockholm.

Die Scheidemann in Stockholm die Sozialdemokratie verweigert.

Genosse Scheidemann gab in Stockholm, wie schon mitgeteilt, eine eingehende Darstellung der Politik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Kriege. Er führte aus: Die Grundursachen dieses Krieges liegen im Imperialismus, soweit diplomatisches Verschulden in Frage kommt, müssen wir auf Grund des vorliegenden Materialmaterials überzeugt sein, daß die deutsche Regierung ernstlich bemüht war, den Krieg zu verhindern oder wenigstens zu lokalisieren. Das zu unterlassen oder feststellen, was man Schuldfrage im Kriege nennt, könne nicht Aufgabe der Konferenz sein. Unsere Aufgabe müßte darin bestehen, die Frage zu erörtern, was kann die sozialistische Internationale tun, um den Frieden so schnell als möglich herbeizuführen? Zu diesem Zwecke ist die gegenseitige Aufklärung über das Tun der verschiedenen Parteien allerdings unerlässlich.

Nach dem Ausdruck des Krieges beizuliegen wir, entsprechend unserer grundsätzlichen Stellung zur Landesverteidigung, die bis zu erforderlichen Mittel. Gleichzeitig ununterbrochen bis auf den heutigen Tag aber machten wir Versuche zur Herbeiführung des Friedens unter Einwirkung auf die eigene Regierung und durch Wiederannäherung der sozialistischen Internationale. Wir haben selbstverständlich vom ersten Kriegstage ab jede Eroberung, und Vergewaltigungspolitik bekämpft. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre Pflicht erfüllt gegenüber dem deutschen Volke und gegenüber der Internationale. Wir wollen den Frieden, aber nicht die Verschärfung unserer Landes, deshalb haben wir es verteidigt, solange die Gegner einen Frieden der Verständigung nicht wollen. Ohne die von der deutschen Sozialdemokratie befohlene Taktik wäre die russische Revolution nicht gekommen. Jede andere Taktik unserer Partei hätte dem Pazen den Einzug in Berlin ermöglicht. Zum gegenseitigen besten Vertrieben wäre es sehr erwünscht, daß uns ähnliche Nachrichten über die Tätigkeit der Sozialistenparteien in den anderen Ländern baldigst vorgelegt werden.

An die Rede Scheidemanns knüpfte sich eine Aussprache, deren Verlauf u. a. auch die Behauptung erörtert wurde, daß die deutsche Regierung die Schuld am Kriege trage und die deutsche Sozialdemokratie also mitschuldige sei. Der Obmann der Delegation, Ebert, erklärte, es beabsichtige die deutsche Delegation nicht, an die Erörterung der Schuldfrage einzutreten. Auf jeden Fall lehne die Abordnung der deutschen Sozialdemokratie es ab, daß die Konferenz sich etwa den Charakter eines Tribunals beilege, vor dem die deutsche Partei sich zu verantworten habe. Jetzt aber sei es selbstverständlich, daß wir ausdrücklich antworten müssen. Damit waren alle Teilnehmer der Beratung einverstanden.

Die italienische Regierung verweigert den italienischen Sozialisten ihre Pässe.

Kopenhagen, 11. Juni. Neuter berichtet aus Rom: Der Minister des Inneren Orlando hat erklärt, daß er keinen italienischen Sozialisten, der sich zur Stockholmer Konferenz begeben wolle, einen Pass ausstellen würde. Die ganze Konferenz sei nur ein Manöver der Imperialmächte mit Unterstützung der russischen Radikalen.

Die englischen Sozialisten.

W.P. London, 11. Juni. (Meldung des Reuterschen Büros.) Außer Ramsay MacDonald und Jowett, den Vertretern der unabhängigen Arbeiterpartei, befinden sich unter den Jagdgästen, denen durch die Weger und der Seelente die Fahrt nach Stockholm unmöglich gemacht wird, auch das Parlamentsmitglied George Roberts, die Vertreter der offiziellen Arbeiterpartei Carters und Robertson und ferner die bekannten Anhängerinnen der Frauenstimmrechtsbewegung Frau Bankhurst und Fr. Kenney.

Antlich ...

Sigung ...

die eine ...

die Krie ...

die Berord ...

die Wochen ...

die 150 M ...

die und gere ...

die für de ...

die erhel ...

die welche ...

die ihrer eige ...

die lassen geh ...

die Der Betrag ...

die nach den ...

die Zahlung der ...

die nicht rü ...

die der Verkünd ...

die Aber von ...

die weiterende ...

die u n d a t ...

die n d r a n d ...

die ten n a c h d ...

die wohl alle, w ...

die im größten ...

die Es ist ja ...

die abier (de ...

die dient zur ...

die Wäme.

die

Deutsches Reich.

Das Wochengeld für Kriegswöhnerinnen. — Erhöhung von 1 Mark auf 1,50 Mark täglich.

Antlich wird mitgeteilt: „Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 22. März 1917 eine Resolution angenommen, die eine Steigerung des täglichen Wochengeldes für die Kriegswöhnerinnen auf 1,50 M. verlangt. Eine Verordnung des Bundesrats vom 2. Juni 1917 trägt diesem Wünsche Rechnung und erhöht den Betrag des Wochengeldes, das nach den Bestimmungen über die Wochenhilfe für Rechnung des Reiches zu zahlen ist, von 1 M. auf 1,50 M. täglich. Die Maßnahme wird dadurch begründet und gerechtfertigt, daß die Nahrungs- und Stärkungsmittel, für deren Anschaffung das Wochengeld verwendet werden soll, erheblich im Preise gestiegen sind. Das Wochengeld, welches weiblichen Versicherten lediglich auf Grund ihrer eigenen Krankenversicherung aus Mitteln der Krankenkassen gewährt wird, bleibt von der Erhöhung unberührt. Der Betrag dieses Wochengeldes richtet sich auch weiterhin nach den Satzungen der betreffenden Krankenkasse. Die Erhöhung der aus Reichsmitteln gewährten Wochengeldbeträge ist nicht rückwirkend, sondern tritt erst mit dem Tage der Verkündung der Verordnung in Geltung.“

Zitate aus Zentrumsblättern.

Aber von allen denen, die (in den Kriegszuständen) weitergehende Forderungen vertreten als wir, sind uns am unzulässigsten diejenigen, die schreien und randalieren aus purer Angst, sie müßten nach dem Kriege zahlen. Zahlen müssen wir wohl alle, wir hoffen und wünschen die am meisten, die über den größten Geldsack verfügen.“ (Westdeutsche Arbeiterzeitung, 3. Juni.)

Es ist ja immerhin möglich, daß Gott sich ja auch abrer (der Sozialisten) als Werkzeug bedient zur Förderung des Friedens und damit seiner ewigen Güte.“ (Frankisches Volksblatt, Würzburg, 2. Juni.)

Gegen die Aufhebung des Zensurgesetzes

Allen sämtlichen thüringischen Regierungen sowie Braunschweig im Bundesrat gestimmt haben. Der Vertreter von Meiningen hat sich der Stimme enthalten.

Beurlaubung von Arbeitern der Seeresverwaltung.

Antlich wird gemeldet: In den Betrieben der Seeresverwaltung dürfen auch in diesem Jahre Arbeiter, auch solche mit kürzerer als 7jähriger Beschäftigungszeit, für vier Tage, in besonderen Fällen für mehr als vier Tage, beurlaubt werden, wenn die Dienstverhältnisse es irgend zulassen.

Bayerische Wasserkraft-Arbeitsgemeinschaft.

Eine Anzahl bayerischer Banken und industrieller Werke gründeten die Bayerische Wasserkraft-Arbeitsgemeinschaft zur Erleichterung der bayerischen Wasserkraft sowie zur wirtschaftlichen Förderung Bayerns.

Deutscher Volksbund für einen Verständigungsfrieden.

In einem Aufsatz des „Berliner Tageblatts“ verteidigt Wolfgang Heine das Recht der Völker, die Förderung des Friedens in die eigene Hand zu nehmen. Die Regierungen umden ohne das in absehbarer Zeit aus dem Labyrinth des allgemeinen Wahnsinns nicht mehr heraus. Seine Beflagte dabei, daß die Kundgebungen der vernünftigen Gewinnung des Friedens und der Kultur bisher allein auf die Sozialdemokratie beschränkt bleibt. Er fordert deshalb die bürgerlichen Kreise auf, sich auch ihrerseits zu einem deutlichen Volksbund für einen Verständigungsfrieden zusammenzuschließen und dadurch die Schwäche der Schreier für einen Gewalt- und Annexionsfrieden zu enthüllen.

Man darf gespannt sein, welches Echo diese Aufforderung findet; ob es ihr wirklich gelingen wird, weitere Kreise des Bürgertums zu einem aktiven Vorgehen gegen die Eroberungswüterie aufzuwecken.

Die rettende Papiernot.

Mit Rücksicht auf die „Papiernot“ hat die „Königliche Volkszeitung“ die Veröffentlichung ihrer Kundgebungslisten für einen „Hindenburgfrieden“ eingestellt. Man hat ihr

wohl von militärischer Seite zu erkennen gegeben, daß die Art ihrer Agitation im Geere entsprechende Gegenbewegung hervorrufen müsse, welche Auseinandersetzung die Leistungsfähigkeit der Truppe für ihre kriegerischen Aufgaben nicht gerade erhöhen könne.

Gleichzeitig hat die „Königliche Volkszeitung“ de- und wehmütig abgeben, ihre Propaganda richte sich keineswegs gegen den Bethmannschen Verständigungsfrieden, sondern nur gegen den jämmerlichen Scheidemannschen Verständigungsfrieden; sie habe nie versucht, Hindenburg im Gegenzug zum Reichskanzler auszuspielen. Hier ist wahrscheinlich vom Zentrum der „Königlichen Volkszeitung“ ein Abrücken von der alldutschen Seite sehr nahegelegt worden. Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Schade, daß man nicht auch diesen Rückzug mit der „Papiernot“ verbinden kann.

Im Landtag

wurde am Montag in einer bis nachts 10¼ Uhr währenden Dauer Sitzung die große politische Debatte beendet. In der an ihm gewohnten Ausführlichkeit nahm der Minister des Innern zu allen in den Debatten der vorhergehenden Tage berührten Einzelfragen Stellung. Dann kam er auf das politische Gebiet zu sprechen und fragte das Zentrum, welchem Zentrumskatholiken er in seiner zehnjährigen Ministerstätigkeit den Zugang zur inneren Verwaltung verwehrt habe? Das Zentrum konnte keinen nennen. Lebhafte Verteidigte der Minister das Bestehen der Ersten Kammer; er verglich sie mit einer Bremse, die, wie ein gewöhnliches Fuhrwerk, auch der Staatswagen bedürfe, wenn es bergab gehe. In eine Reform könne gedacht werden etwa in dem Sinne, daß die Oberbürgermeister der großen Städte ständige Mitglieder werden, auch die Arbeiterschaft müßte bei einer Reform eine Vertretung haben. Ablehnend verhielt sich der Minister zur Abschaffung der Klassenwahl in der Gemeinde, das Frauenstimmrecht ist ihm eine sehr ernste Frage, eine Reform der Städteordnung, soweit sie für die Entwicklung der großen Städte zu eng geworden ist, sei diskutabel. Aus der Ablehnung des Aktionsprogramms der Sozialdemokratie im ganzen dürfe nicht geschlossen werden, daß die Regierung die Konsequenzen aus der Zeitlage gegenüber der Sozialdemokratie nicht gezogen habe. In der beherrschenden Regierung sei der Tag geeignet worden, an dem die Osterbotschaft des Kaisers erschienen ist.

Nach dem Minister kam der Genosse Marum zum Wort, der seine erste politische Rede im Landtag hielt. Er hielt sich für verpflichtet, seinem großen Vorgänger, dem Abg. Dr. Frank, einen Nachruf zu widmen, der ausklang in das Dichterwort: Denn er war unser, mag das stolze Wort den Schmerz überleben. Der Redner verstand es, recht geschickt und wirkungsvoll die Scheingründe, die gegen unsere politischen Forderungen erhoben wurden, zu widerlegen. Scharf formulierte er den Satz, daß es sich mit der Gleichberechtigung der Sozialdemokratie schlecht verhalte, wenn die Regierung Reformen in der Gemeinde- und Städteordnung daraufhin prüfe, ob sie der Sozialdemokratie mißten und zu ihrer Herrschaft auf den Rathhäusern führe. Mit einem neuen Geist müsse unsere Beamtenschaft erfüllt werden, wenn sie den großen Zukunftsaufgaben des Staates gerecht werden soll. Gegen das Geheiß der Ueberpatrioten nach Amerikanen und Entschädigungen richtet sich der Unwille der Volksmassen; sie verlangen den Frieden der Verständigung, sie wollen aufbauen, wo der schreckliche Krieg vernichtet hat. Für die Sozialdemokratie habe die politische Debatte doch einen Gewinn gehabt. Wir kennen jetzt die Stellung der Regierung und der Parteien. Der Minister des Innern hat die Litre wieder halb aufgemacht, die der Staatsminister mit einem Krach zugeschlagen hat. Mit dem stolzen Wort ließ unser Redner, die Macht der Idee und der Wille des Volkes werden die Reformen erzwingen.

In längeren Ausführungen behandelte der Kultusminister Süßsch Schulfragen.

Nach dieser leisen, oft schwer verständlichen Rede brachte die Rede des Demokraten Benedy wie ein Wetterbad. Er rechnete ab mit der inneren Reaktion und enthüllte ein Bild ihrer verderblichen Wirkung im Ausland. Wenn ge-

fragt wird nach der Schuld am Kriege, dann muß auch hingewiesen werden auf das wahnsinnige Betribsen, die alldutsche Propaganda, die verbrecherische Schürung des Hasses. Als alter guter Demokrat stellte er sich ganz auf den Boden unseres Aktionsprogramms. Nachdem in der Debatte Schäfer zur Deckung reaktionärer Bestrebungen reklamiert worden war, konnte Benedy es sich nicht verlagern, den edlen Schäfer als den Helden der Freiheit, der Humanität und des Weltbürgerturns zu preisen. Trotz Müdigkeit und Abspannung stand die Kammer ganz unter dem Eindruck der Rede Benedys.

Nachdem der konservative Abg. Müller seine „Weisheit“ zum Frauenwahlrecht zum besten gegeben hatte, polemisierte der Staatsminister noch einmal gegen die Reden der Sozialdemokraten. Er bewies nur noch einmal, daß er in großer Zeit mit kleinem Geist regieren will. Nach den üblichen „kurzen Bemerkungen“ des Berichterstatters Kopf, die eine halbe Stunde in Anspruch nahm, wurde das Geleit über den Staatshaushalt einstimmig angenommen. st.

Karlsruhe, 11. Juni. Um 4¼ Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten Hohrath eröffnet. Bei der fortgesetzten Besprechung über politische Fragen erhält zunächst das Wort der

Minister des Innern Dr. Freiherr von Rohman. Wenn die Landwirtschaftskammer Jucht- und Luiboch aus der Schweiz oder aus Norddeutschland zu Preisen gekauft hat, die über den in Baden geltenden Höchstpreis hinausgehen, so liegt das an den dort geltenden Höchstpreisen. Es ist richtig, daß die Landwirtschaftskammer erhebliche Einnahmen hat, von denen übrigens der Forchheimer Exerzierplatz nicht angekauft worden ist. Die Einnahmen stammen aus Gebühren für den Anlauf von Vieh für die Kommunalverbände, dann aus Heulieferungen und aus der Abfuhrverwertung. Die Frage der Einziehung der Denkmäler ist in ein neues Stadium getreten; man muß dabei aber bedenken, daß die Denkmäler einen kunsthistorischen Wert haben. Bei der Einziehung der Denkmäler wird schonend vorgegangen werden. Das Amtsverordnungsverfahren ist 1908 neu geregelt worden und hat auch damals die Zustimmung des Zentrums gefunden. Auch bei Blättern der Zentrumspartei wird der Amtsverordnungsverfahren bezahlet werden, so hätten wir schon im Frieden eine Jahresausgabe von 900 000 M. gehabt und jetzt im Kriege wäre dieser Betrag bei der Anhäufung amtlicher Anzeigen auf über eine Million Mark gestiegen. Mit der Papierpreisgestaltung beschäftigt sich augenblicklich auch das badische Landespreismittel. Die Verhandlungen der amtlichen Stellen zeigen die hohe Würdigung, welche Staat und Reich der Presse zuteil werden lassen. Der Minister behandelte im folgenden Parteiaufeinander und das Aktionsprogramm der Sozialdemokraten und betonte, daß ihn der Herr Staatsminister ermächtigt hat, zugleich auch in seinem Namen zu sprechen. Bei der sozialdemokratischen Forderung der Abschaffung der Ersten Kammer ist gelangt worden, diese Kammer sei eine Bremse. Jedes Fuhrwerk hat eine Bremse, um das Fuhrwerk, wenn es bergab geht, anhalten zu können. Auch der Staatswagen kann eine solche Einrichtung wohl gebrauchen. Von dem Abg. Rebmann ist ausgeführt worden, daß die Erste Kammer sehr zum Nutzen neben der Volkskammer arbeite, in welcher die vier Korporationen Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern und die Gemeinden vertreten sind. Ganz selbstverständlich ist es auch, daß in der Ersten Kammer der Adel einen Platz hat, der Adel, aus dem die Vorkämpfer Bismarck und Moltke, Hindenburg, Jepselin und Graf Dohna hervorgegangen sind. Wenn von einer Reform der Ersten Kammer gesprochen wird, muß man bedenken, daß auch die Arbeiterschaft eine Vertretung in dieser Kammer erhält. Auch die Stellung der Gemeindevorsteher wird durch den mehr verstärkten werden müssen, etwa dadurch, daß man den Oberbürgermeistern der Großstädte, wie Mannheim und anderen, eine ständige Stelle in der Ersten Kammer einräumt. Die Stellung der Regierung zur Verhältniswahl ist bekannt. Ich bin der Ansicht, daß für die großen Städte die Verhältniswahl die nächstliegende Lösung ist. Zur Vereinfachung der Klassenwahl möchte ich bemerken, daß die vom Landtag 1910 vollzogene Aenderung von der Zwölftelung auf die Sechsteilung damals von allen Parteien als bedeutender Fortschritt bezeichnet worden ist. Die Regierung denkt nicht daran, eine Aenderung vorzunehmen.

Verüht wurde dann auch das Frauenstimmrecht. Je tiefer auf dem Standpunkt, daß es der wichtigste Beruf der Frau ist, Mutter zu werden und Mutter zu sein. Es ist doch fraglich, ob die Frau dieser Aufgabe voll entsprechen kann und beim Eintritt in das politische Leben und in den politischen Kampf. Wir wollen einmal die Frauen fragen, wie sie über das Frauenstimmrecht denken und wir wollen diese Neuerung nicht treffen; ohne daß die überwiegende Mehrzahl der Frauen sich dafür ausgesprochen hat. (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Unterhaltung und Belehrung

Die Hypnose bei Tieren.

Bei Tieren gibt es einen Zustand, der äußerlich betrachtet aus dem, was beim Menschen Hypnose (Zwangsschlaf) genannt wird, Ähnlichkeit besitzt. Vielfach und vorzugsweise von Tieren ist versucht worden, Zusammenhänge zwischen der menschlichen und tierischen Hypnose festzustellen. Man sollte sogar aus der Ergreifung der tierischen die menschliche Hypnose ableiten. Rühmliche Physiologen wie Verroon haben schon gezeigt, daß alle bisher an Tieren beobachteten Erscheinungen nichts mit den gleichen beim Menschen zu tun haben, sondern daß es sich bei den Tieren um Hemmungserscheinungen handelt. In neuester Zeit hat der Wiener Physiologe Kreidl sich mit dem gleichen Gegenstand beschäftigt und vor der Gesellschaft der Ärzte einen Vortrag über das Wesen der tierischen Hypnose und ihre Beziehungen zur menschlichen gehalten. Er hat sich dabei zur Vorführung seiner Versuche des Films bedient.

Wenn ein Tier, ein Huhn oder eine Taube in eine ungewöhnliche Lage gebracht wird — es gerügt schon, es einige Zeit festzuhalten — dann wird das Tier ruhig und unbeweglich, wenn man es losläßt. Frösche, Salamander und Kröten, also Tiere, die von selbst niemals in die Rückenlage kommen, braucht man nur einfach auf den Rücken zu legen. Mäuse oder Meerschweinchen müssen zeitweilig ungewohnt gemacht oder in eine Lage gebracht werden, die für sie ungewohnt ist, wenn sie nachher im Zustand der Starre verharren sollen. Besonders fesseln sind die Beobachtungen an Fröschen. Nimmt man einen lebhaften Frühlingsfrosch und legt ihn auf den Rücken, so wird er sich rasch wieder umdrehen oder nur kurze Zeit wieder unbeweglich bleiben. Anders der ausgeschungerte Winterfrosch, der durch diesen Hunger auch in seinem Zentralnervensystem geschädigt ist. Er wird auf den Rücken gelegt bald keine Abwehrversuche mehr

machen, namentlich wenn er durch Wiederholung des Versuches ermüdet ist. Das Tier kann sich dann nicht umdrehen, weil die Reflexe, die zur Ausführung dieser Bewegung notwendig wären, entfallen. In der gleichen Lage würde sich das Meerschweinchen schnell umdrehen. Es ist dazu aber nicht in der Lage, wenn der Kopf des Tieres gleichzeitig stark nach hinten gebeugt wird. Auf diese Weise entsteht beim Meerschweinchen ein Muskelkrampf, der das Tier förmlich steif werden läßt. Bekannt ist ja auch die Unbeweglichkeit der Schildkröten in der Rückenlage, die auf die gleichen Ursachen wie beim Meerschweinchen zurückzuführen ist.

Es ist also, wie aus den geschilderten Versuchen hervorgeht, bei Tieren nicht von Hypnose zu sprechen. Hypnose im richtigen Sinne des Wortes ist nur beim Menschen möglich, dessen „Wille“ durch Suggestion beeinflussbar ist. Die tierische Hypnose ist eine Teilercheinung der Beeinflussbarkeit des mit einer Sprache ausgestatteten Menschen. Die tierische „Hypnose“ dagegen beruht ausschließlich auf Reflexereizungen, die man als Suggestionen bezeichnen kann. Jedenfalls muß es als ausgeschlossen gelten, auf dem Wege über die tierische Hypnose die menschliche aufstellen zu wollen.

Seelenkunde.

In einer großen, einer Universität angegliederten Irrenanstalt ist in einem unbewachten Augenblick der Maurer Mattutais aus der unruhigen Abteilung entwichen und hat sich auf das freie Dach des Verwaltungsgebäudes zurückgezogen, von wo er sich durch ungemühte Kufe und höhnische Gebärden bemerkbar macht.

Man hat versucht, vom Speicherboden aus seiner habhaft zu werden — umsonst; man hat die Feuerwehre alarmiert und Mattutais mit kaltem Wasser bespritzt — vergebens; er beharrt fröhlich auf seinem überlegenen Standpunkte.

Im Hofe sind sämtliche Ärzte und alle abkömmlichen Wärter versammelt, bilden aufgeregt nach oben und überlegen, was zu tun sei.

Es tritt der Herr Direktor und Geheimrat vor und ruft im strengsten Amtstöne: „Mattutais, im Namen der Königlichen

Direktion der Anstalt befehle ich Ihnen, sofort herunterzukommen! Maurer Mattutais lacht aus vollem Hals und rührt sich nicht.

Der Abteilungsarzt schließt sich seinem verehrten Chef an und lacht fortdal und aufmunternd: „Au seien Sie mal verknüpf, Mattutais, und kommen Sie runter!“

Maurer Mattutais deutet anzüglich auf seine Hinterflügel. Da drückt sich als Dritter der alte Oberwärter Döbereiner in den Vordergrund, holt hinterm Rücken eine Vierkloche vor und schwingt sie stumm und vorbeihungsvoll gegen das Dach.

Im Nu wird Mattutais lebendig, rückt zum Balkenleiter hinüber, läßt sich an diesem herab, steht nach zwei Minuten am Boden und wird alsbald in feierlichem Geleite an seinen Bestimmungsort zurückgeführt.

Nur unter Anwendung seiner ganzen Weisheit vermag sich Oberwärter Döbereiner der jüngeren Assistenzschaft zu entziehen, die ihn bestirmt, sich unverzüglich an der medizinischen Fakultät für Psychiatrie zu habilitieren. Dr. D. (Eimpl.)

Die abgestellte Hungersnot.

Von Friedrich Rückert.

Als im Lande Hungersnot war und dem König ward berichtet, In des Reiches reichsten Städten Starben viele Arme Hungers — Höret! welche rasche Auskunft Heros traf, der Herrerkönig: Eigenhändig schrieb er einen Brief an jene Stadt im Reiche Dieses Inhalts: „Wo ein Armer Hungers stirbt in euren Mauern, Wird ich für den Armen einen Strich nehmen und im Kerker Auch ihn Hungers sterben lassen!“ Niemand starb im Lande Hungers, Und die Reichen selber brauchten Nicht zu hungern; mit den Armen Nur den Ueberfluß zu teilen.

Ueber die Reform der Kreisverfassung sind wir uns alle einig. (Während der Minister weiterpricht, überreicht Abg. Zehnter (Zentr.) unter allgemeiner Heiterkeit dem Abg. Kolb (Soz.) eine rote Rose.) Ich muß nun fragen, ist es wirklich so, daß hier bei den Neuerungen des Abg. Kolb ein großer geschichtlicher Zeitpunkt verpaßt worden ist? Ist es so, daß wir die Staatsmänner sind, welche die Zeichen der Zeit nicht verstehen? Ich glaube, die Bedeutung hat der Vorgang nicht. Wenn der Abg. Kolb die Stellung seiner Partei zur Monarchie darlegte: Ein modus vivendi ist auf deutsch ein erträglicher Zustand. Man findet sich ab mit einer Einrichtung. Daß die Sozialdemokratie das tut, wurde von dem Abg. Kolb bereits vor zehn Jahren gesagt; er hat damals allerdings vorausgeschickt, daß er und seine Partei die Monarchie bekämpften. Das hat er heute nicht gesagt, er hat aber dem modus vivendi eine Klausel beifügt. Die Staatsgewalt liegt in unserm Land in der Hand des Großherzogs unter Mitwirkung unseres Volkes. Diesem Zustand hat sich der einzelne Bürger zu fügen und wenn nun eine Gruppe von Staatsbürgern sagt: Wir sind bereit, in einen erträglichen Zustand uns zu finden, so ist das gegenüber der Verfassung nichts Besonderes. Ich sehe übrigens nicht an zu erklären, daß auch ich mich über die Neuerungen des Abg. Kolb gefreut habe. Ich muß aber daran erinnern, daß der Herr Staatsminister schon im Jahre 1915 namens der Regierung die Erklärung abgegeben hat, daß sich die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie angeichts der vaterländischen Haltung dieser Partei im jetzigen Kriege geändert habe. Wenn haben die Hand, die uns geboten wurde, nicht zurückgewiesen, sondern wir haben sie ergriffen und der Herr Staatsminister hat ausdrücklich gesagt, daß er die Mitarbeit der Sozialdemokratie begrüße. Es ist auf die russische Revolution hingewiesen worden. Ich meine, wie die russische Revolution werden wird, wissen wir heute nicht. Es ist deshalb sehr verfehlt, sie mit leidenschaftlichen Freuden zu begrüßen. Wir wollen abwarten, ob die russische Revolution in der Tat dem russischen Volk das Heil bringt, das es davon erwartet. Ich hoffe, so schnell der Minister, daß die Haltung der bisherigen Regierung nicht verkannt wird und daß wir zum Wohle des Ganzen arbeiten. (Beifall.)

Abg. Marum (Soz.) gedenkt zunächst des auf dem Schlachtfeld gefallenen Abg. Dr. Frank, der nicht nur ein Sozialist, sondern ein Deutscher gewesen sei. Der die Idee, die ihn befehlte, schließlich mit dem Tode befestigte. Wir sind stolz darauf, daß wir ihn zu den Unfrigen zählen dürfen. Ich finde es sonderbar, wenn der Abg. Ged sagte, daß Dr. Frank, wenn er noch leben würde, sich mit den Bestrebungen des Abg. Ged einverstanden erklärt hätte. Ich meine, der Abg. Ged hätte kein Recht dazu, wenn man weiß, wie er im Leben zu dem Abg. Frank gestanden ist. Auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen meiner Partei und dem Abg. Ged will ich nicht weiter eingehen. Wenn wir auch verschiedener Meinung sind, so ist es doch ein Ziel, das wir im Auge haben. Wenn wir uns dabei nur von dem Interesse der Sache und von keinem anderen Grund geleitet, und der Abg. Rebmann hat Unrecht, wenn er meint, daß zu der jetzigen Zeit eine Weisung über politische Dinge nicht am Platze sei, während der Kampf draußen weiter geht. Bis jetzt haben wir von einer Neuorientierung noch nichts gespürt und es wäre kein Schaden gewesen, wenn man die Neuorientierung im Reich und in den Bundesstaaten nicht verschoben, sondern sofort in Angriff genommen hätte. Wäre der Reichstag anders zusammengesetzt, so bin ich der Überzeugung, daß keine solchen neuen Steuern, wie die Kohlen- und Verbrauchssteuer, zustande gekommen wären. Der Herr Staatsminister hat sich einer Neuorientierung in Baden ablehnend verhalten. Da war es nun erfreulich, daß der Herr Minister des Innern doch einen etwas freundlicheren Ton angeschlagen hat und zu der Zeit, die der Herr Staatsminister zugehört, wieder etwas zupremad hat. Das zeigt, daß die Möglichkeit besteht zu neuen Verhandlungen zu kommen. Der Herr Staatsminister hat gesagt, daß eine Neuorientierung bei uns nicht nötig sei; nach seiner Meinung ist bei uns alles schon und gut und es besteht keine Veranlassung, an den bewährten Einrichtungen zu rütteln. Wir sind demgegenüber anderer Ansicht; man glaube doch nicht etwa, daß uns damit schon genügt sei, wenn etwa ein Sozialdemokrat Verzicht auf die Rechte der Arbeiter und der Arbeiterklasse, die immer noch bestehen. Wenn wir Rechte verlangen, so geschieht das auch schon in Rücksicht auf unsere Arbeiter. Es ist nicht angängig, daß jene, die ihr Leben für uns in den Schranken schlügen, nun, wenn sie zurückkommen, sich wieder degradieren lassen und zurückstehen müssen hinter denen, die sich in der Zwischenzeit durch Kriegsgewinne bereichert haben. Wenn vor dem Krieg scharfe Kritik an so mancherlei Maßnahmen der Regierung geübt worden ist, so war das gegenüber den Verhältnissen durchaus notwendig. Die Alldeutschen haben mit ihren Klagen und Behauptungen am allermeisten uns geschadet. Es ist kein Zweifel darüber, daß wir im Ausland als ein politisch rückständiges Land betrachtet wurden. Wenn damit ausgeräumt wird, so wird sich Deutschland auch im Ausland Freunde verschaffen. Was unsere Stellung zur Monarchie betrifft, so hat der Herr Minister des Innern nachgeholt, was der Herr Staatsminister vergesen hat. Es ist richtig, wir unterwerfen uns der Verfassung, aber es ist auch unsere Pflicht, sich nicht blindlings zu unterwerfen, sondern für die Verbesserung von Verfassungen zu sorgen, wo immer das möglich ist. Eine republikanische Aktion wollen wir in dem Augenblick deshalb nicht, weil wir augenblicklich wichtigeres zu tun haben. Die Monarchie hat es in der Hand, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen und sie wird es gewinnen, wenn sie sich mit den Wünschen des Volkes befreundet. Die Abschaffung oder Reformierung der Ersten Kammer ist eine Notwendigkeit. Der Herr Minister hat die Erste Kammer als eine Bremse bezeichnet. Nun, wir beabsichtigen nicht, den Staatswagen auf Abwege oder in Abgründe fahren zu lassen, und deshalb brauchen wir diese Bremse nicht. Auch habe ich nicht finden können, daß die Tätigkeit der Ersten Kammer eine so notwendige ist. Bei den Gesetzesentwürfen, die sie einer Abänderung unterzogen hat, waren nur die Ansichten eines Einzelnen zu vernehmen. Die gegenwärtige Zusammenlegung der Ersten Kammer entspricht auf jeden Fall nicht den Interessen des Staates. Daß der Adel auf alte Verträge nicht, ist ganz unangebracht. Gewiß freuen wir uns der Helven, wie Hindenburg und Graf Dohna, aber die Müller, Maier und Schulte, die drei Nächte im Schützengraben ausgehalten, haben damit genau so viel geleistet wie die adligen Offiziere. Es sind anerkannte Helven, die wir hier treffen; auch sie haben alles gegeben für das Vaterland. Auch ist es nicht richtig, wenn gesagt wird, die Erste Kammer sei notwendig, weil in ihr die Wissenden, die Gemeinden usw. vertreten sind. Wollen diese zu Worte kommen, so sollen sie von ihrem Redestuhl heruntertreten in sich vom Volke wählen lassen. Dieses aber schaut sich keine Männer genau an. Wenn man die Erste Kammer reformieren will, so muß man sie so gestalten, daß sie eine Vertretung des Volkes ist und den gegebenen heutigen Verhältnissen auch entspricht. Eine Mehrheit ist in diesem Sinne nun allerdings nicht für die Abschaffung der Ersten Kammer, wohl aber für ihre Reformierung. Und die Regierung hat sich hierfür auch gar nicht abgeneigt gezeigt. — Der Redner verbreitet sich im folgenden über die Verhältnismäßig und die Abschaffung des Klassenwahlrechts, indem er hierbei nochmals den Standpunkt seiner Partei niederlegte. Wenn der Herr Staatsminister erklärt hat, bei der Vereinfachung der Klassenwahl bei den städtischen Wahlen würde es zu einer sozialdemokratischen Herrschaft auf den Rathhäusern kommen, so ist das ein starkes Stück. In dem gleichen Atemzug spricht er von der sozialdemokratischen Gleichberechtigung. Es geht den Herrn Staatsminister doch gar nichts an, wie sich die städtischen Verwaltungen zusammensetzen. Erwiesen ist auch, daß diejenigen Stab-

verwaltungen, bei denen die Sozialdemokraten in der vordersten Linie mitwirkten, am besten da stehen. Wenn wir das Frauenstimmrecht nicht auf unser Aktionsprogramm gesetzt haben, so ist das noch kein Beweis, daß wir gegen dieses Stimmrecht sind. Wir sind vielmehr für das Frauenstimmrecht, haben aber davon in unserm Aktionsprogramm nicht gesprochen, weil wir erst einmal unsere anderen Forderungen durchsetzen wollten, in der Erwartung, daß es dann leichter sei, auch der Frau das Stimmrecht zu verschaffen. Die Frau nimmt heute doch einen anderen Platz ein, als das Schiller in seiner Glode besingt. Die Frau steht heute mitten im wirtschaftlichen Leben und da ist es ein Unrecht, wenn wir sie für politische Betätigung hintanziehen. Der angelegentlich Denkchrift über die Magistratsverfassung sehen wir mit Interesse entgegen. Ich kann aber heute schon sagen, daß wir uns mit einer Verneuerung der Bürgermeisterei auf den Rathhäusern nicht einverstanden erklären werden. Mit den vom Herrn Finanzminister vorgeschlagenen Punkten über die beabsichtigte Vereinfachung der Staatsverwaltung bin ich einverstanden. Es ist nur selbstverständlich, daß die Arbeitskraft des Beamten voll für den Staat ausgenutzt werden wird. Im weiteren wandte sich der Redner ganz kurz der Eingehung der Brenntessell und der Eingehung der Gloden zu und betonte, daß das Interesse des Staates, das bei diesen Maßnahmen obwalte, von diesen immer noch nicht verstanden und voll gewürdigt werde. Weiter trat der Redner für den unentgeltlichen Unterricht ein. Die Klagen über die Behebung von Lehrplätzen durch die Fakultäten berühren uns weniger, ebensowenig wie zu Klagen Anlaß hätten. Wenn man dem Stand der Staatsfinanzen durch Einführung der vierten Wagenklasse aufhelfen will, so scheint das eine recht unrichtige Maßnahme zu sein. Es ist doch noch recht fraglich, ob die Mehreinnahme wirklich 1,1 Millionen betragen wird. Was die Steuern betrifft, so wird nach dem Kriege eine ganz erhebliche Herabsetzung der Vermögens- und Steuer nötig sein. Die Regierung sagt immer, man dürfe in dieser Hinsicht nicht allzuweit gehen, ich meine aber, die Regierung ist noch nie so weit gegangen, wenn es sich um die großen Vermögensgüter gehandelt hat. Das hat man ja bei der Kriegsgewinnsteuer gesehen.

In seinen Schlussausführungen kam Abg. Marum noch auf den Friedensgedanken zu sprechen und führte dazu aus: Wenn wir von einem Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen sprechen, so gehen wir von dem Gedanken aus, daß nur ein solcher Friede möglich ist, weil es ein Friede der Verständigung sein muß. Wir werden auch in Zukunft wieder wirtschaftlich mit den anderen Völkern verkehren müssen. Betonen muß ich aber, daß wir das Kriegsziel der französischen Regierung mit der Annexion von Elsaß-Lothringen nicht anerkennen können. Elsaß-Lothringen ist deutsches Land und muß es bleiben, so wenig wir französisches Gebiet wollen. Selbstverständlich ist aber auch, daß die Debatte ein Ergebnis nicht gebracht. Das konnte sie auch nicht, weil ja kein Antrag gestellt war. Uns hat sie aber die Stellung der Regierung und der anderen Parteien dargelegt und wir wissen nun, was wir zu tun haben und wir wissen, wo wir einzugehen haben. Eines ist sicher, wir werden weiter lobren, bis wir unsere Forderungen durchgeführt sehen. Mander Staatsmann hat schon „Nein“ gesagt und ich sich später gezwungen, „Ja“ zu sagen, wenn es die Ideen und der Wille des Volkes wollten. Wir wollen mitarbeiten, um etwas zu erreichen, das galt und gilt auch für die Frage des Großstadts. Wir haben den Großstadts nur gemacht, um etwas zu erreichen und wir werden das tun, solange sich auf der rechten Seite Gerechtigkeit zeigt, mit uns für unsere Ziele, die wir als richtig anerkannt haben, zu arbeiten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Minister Dr. Hübsch hofft, daß es ihm gelingen werde, ein gutes Einvernehmen der Regierung mit den kirchlichen Behörden zu erhalten und die kirchlichen Interessen unter voller Wahrung der staatlichen Interessen zu fördern. Im Namen der Regierung möchte ich den kirchlichen Behörden und den Geistlichen danken für die pflichtgetreue Erfüllung in den vielseitigen Aufgaben der Volksernährung und der Volkserziehung. Was den § 137 des Schulgesetzes betrifft, so ist es richtig, daß ich in der Budgetkommission für die Aufhebung des § 137 eingetreten bin; ich habe dabei im Auge gehabt, daß an Stelle des Gesetzes einfach die Staatsgenehmigung treten soll. Ich bin der Ansicht, daß der § 137 eine Ausnahmebestimmung darstellt. Bei der Vereinfachung der Staatsverwaltung müssen wir uns auch über die Fortabteilung der Technischen Hochschule schlüssig werden; ich hoffe, daß darüber im nächsten Landtag es zu einer Klärung kommt. Den den Fakultäten der Hochschulen gemachten Vorwurf über ihre Art der Behebung der Lehrstühle muß ich zurückweisen. Der Minister gedenkt sodann der auf dem Felde der Ehre gefallenen Volkschullehrer und Schüler der höheren Lehramtalen. Schließlich stellt der Minister eine neue Verordnung über die Ausbildung der Haushaltungslehrerinnen in Aussicht.

Abg. Benedy (F. V.) befaßt sich in längerer Rede mit der äußeren Politik. Er betonte weiter, daß sich die Neuorientierung nicht aufhalten lasse und der Stern der Zeit noch weiter links gebe. Die wenigen Worte über die einstündige Rede des Abg. Benedy geben ein Bild der derzeitigen Berichterstattung in der Zweiten Kammer, soweit Zeitungen in Frage kommen, die nicht in der Lage sind, einen eigenen Berichterstatter zu halten. Wir bedauern es außerordentlich, nicht in der Lage zu sein, über die sehr wirksame Rede des Abg. Benedy nicht ausführlicher berichten zu können. Offenlich sind wir bei der ordentlichen Tagung des Landtags im Winter nicht auf diese für die „unparteiische Presse“ zurecht gestellte Berichterstattung angewiesen. Redaktion des „Volksfreund“.

Abg. Müller-Eppingen (F. V.) wendet sich vor allem gegen das Frauenstimmrecht. Staatsminister Frhr. v. Dusch stellt fest, daß kein Gegenstand zwischen ihm und dem Minister des Innern herrsche. Der Grundzug der Regierung ist ein durchaus liberaler. Eine dringliche Notwendigkeit für das sozialdemokratische Aktionsprogramm lag nicht vor. Im allgemeinen war die Debatte auf einen Punkt gerichtet, dem Vaterland zu dienen. Offenlich wirkt in allen Kreisen die vaterländische Gesinnung nach.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Ged (U. Soz.), Muser (F. V.), Rebmann (Noll.) und das Schlusswort des Berichterstatters Abg. Kopf (Zentr.).

Sieauf werden die Kriegskredite einstimmig angenommen. — Schluß der Sitzung 10 Uhr abends. — Nächste Sitzung: Mittwoch, 13. Juni, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Wahl des Landständischen Ausschusses.

Baden.

Die Ablösung der älteren Landsturm-Jahrgänge aus dem Frontdienst.

Auf eine von unserem Mannheimer Reichstagsabgeordneten Oskar Ged vor kurzem an das Kriegsministerium in Berlin gerichtete Vorstellung wegen der langsamen Durchführung des Erlasses über die Ablösung der Landsturmmiliteure aus dem Frontdienst bei ein- gelassenen badischen Truppenteilen ist gestern die Antwort eingetroffen, der wir das Folgende entnehmen: „Euer Hochwohlgeboren teilt das Kriegsministerium auf die Vorstellung vom 2. Mai d. J., betr. die Ablösung der Landsturmmiliteure aus dem Frontdienst, ergebnislos das Folgende mit: Der Austausch der über 45 Jahre alten Mannschaften, die sich länger als 6 Monate in vorderster Linie befunden haben,

wird, wie überall, auch von den genannten Truppenteilen dauernd betrieben. Die Verhältnisse in der Ersatz- gestellung bringen es aber mit sich, daß die Herausziehung sich nicht immer für jeden Einzelnen sogleich durchführen läßt, wenn er gerade die geforderten 6 Monate in vorderster Linie eben vollendet hat. . . .“

Ein Zufall wollte es, daß gleichzeitig mit diesem Bericht bei unseiner Abgeordneten Ged eine aus Berlin, 6. Juni, „auf der Durchreise“, datierte Karte eintraf, in der 70 Landsturmmiliteure des Landsturmbataillons Mosbach aus Mannheim und Umgebung ihm „hochachtungsvoll mitteilen, daß sie am 2. Juni aus der Front abgelöst wurden und sich auf der Reise in eine Garnison der Heimat befinden“. Sie sprechen dem Abg. Ged den herzlichsten Dank für seine erfolgreichen Bemühungen um die Erleichterung ihres Schicksals und hoffen, ihre Gefinnungsgenossen in der Heimat demnächst persönlich begrüßen zu können.

bc. Heidelberg, 11. Juni. Gestern wurde beim Land- binnenhause ein Paket mit 11 Hundskalbkeulen Inhalt ge- löndet. Das Fleisch rührte offenbar von einem Diebstahl her. X. Konstanz, 11. Juni. Die Münsterglocken sind nach der kürzlich getroffenen Entscheidung wegen ihres historischen und künstlerischen Wertes von der Ablieferung befreit. 7 Glocken bleiben dem Münster somit erhalten. Die Glocken der übrigen katholischen Kirchen werden dagegen fast alle von den Türmen heruntergeholt. Im St. Stephan blies nur die 33 Zentner schwere große Glode.

Die Stadt wird damit beginnen, gebrauchte Möbel zu sammeln, wieder herzurichten, um sie später, wenn die verheirateten Soldaten aus dem Felde kommen, den Wirt- schaftsmitteln darunter gegen mäßiges Geld zufommen zu lassen.

Baden-Baden, 11. Juni. Durch Verfügung des Groß- Ministeriums des Innern ist der im Inland befindliche Nachlaß der Frau Maria Malachukoff geb. Selensky in Rißon, Witwe des Stadthauptmanns Peter Malachukoff zwangsweise unter Verwaltung gestellt worden. Inmang- vermalter: Waiserrat Emil Bergold in Baden.

Gernsbach, 11. Juni. Beim Montieren einer Ma- schine in einem Sägewerk wurde der Zimmermeister Heinrich Mees in Schauern von der Welle der Transmission erlos- und schrecklich zugerichtet.

Otterweier, 11. Juni. Beim Heumachen wurde der 15 Jahre alte Benedikt Höb, durch Einwirkung eines Wäl- schlages, der eine Herzlähmung verursachte, getötet.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 12. Juni 1917.

Schlechte Ausichten für die Kohlenversorgung.

Im Dresdener Stadtverordnetenkollegium wurde der Oberbürgermeister interpelliert über die in Aussicht genom- menen Maßnahmen zur Befämpfung der Kohlennot in der Kohlenversorgung. Die Auskunft, die der Oberbürgermeister gab, ließ erkennen, daß die Ausichten für den kommenden Winter außerordentlich trübi- sind. Er meinte, daß die Schwierigkeiten im kommenden Winter nicht geringer sein würden als im vergangenen. Ohne Einschränkungen würde es nicht abgehen. Die Gründe der Kohlennot liegen in dem starken Kohlenbedarf der Indus- trie und in dem Rückgang der böhmischen Zufuhr. Demnach sei darauf zurückzuführen, daß einmal die Förderung in Oesterreich zurückgegangen sei und daß zum andern die öste- rreichische Industrie ebenfalls außerordentlich starken Bedarf habe.

Dem Reichskommissariat sei noch nichts geheißen. Nur in den letzten Tagen sei eine Verordnung herausgegeben, nach der jede Ausfuhr von Kohlen nach Oesterreich die Ge- nehmigung vorbehalten werde. Mit dieser Verordnung gäbe das Reichskommissariat wechselseitige Beziehungen zwischen der Ausfuhr oberösterreichischer Steinkohle nach Oesterreich und böhmischer Braunkohle nach Deutschland zu schaffen. Das Reichskommissariat plane, die Kohlenversorgung für ganz Deutschland zu organisieren. Nicht geringe Schwierigkeiten in der Versorgung beständen auch dadurch, daß jüdische Firmen nebeneinander disponieren. Geplant sei die Einführung einer Kohlenkarte, abgestuft nach den einzelnen Haushaltungs- gen. Trotz allem würden wir aber mit dem Kohlenmangel weiter genau so zu kämpfen haben wie im letzten Winter.

Total verkaufte Kirichen sind uns gestern früh auf die Ba- dation gebracht worden. Sie wurden auf dem Westbahnhof ge- geben und lösteten 45 Pfg. das Pfund. Die städtischen Bediensteten, die schon genug Hunger und andere Entbehrungen ertragen mußten, können verlangen, daß die amtliche Osterfeierfeier stelle dafür sorgt, daß das vielbegehrte Obst in gutem Zustand die städtischen Märkte kommt. Bei der Verpackung und bei dem Versand müssen Fachleute tätig sein. Daran fehlt es noch gänzlich. Wir fragen noch: Was hat die Marktpolizei bei dem Verkauf der faulen Kirichen zugelassen?

Der Verein für deutsche Frauenleitung veranstaltet am Sonntag, 10. Juni, bis Mittwoch, 13. Juni, eine Ausstellung ihrer gesundheitslichen, wie volkswirtschaftlichen Bedeutung wege- Bedeutung verdient. Das Meid der arbeitenden Frau verleiht in jetziger Zeit, die so viele Frauen zu einer Arbeit gezwungen sind, der sie sonst fernher haben, besondere Aufmerksamkeit. Wenn die Ausstellung, die viele Stunden hindurch getragen wird, durch die Zweckmäßigkeit einerseits viel beitragen zur Arbeitsfähigkeit, ander- zens sie andererseits auch die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Trägerin durch ungewöhnliche Form außerordentlich förder- trächlich kann. An vielen, allen möglichen Berufsarten sind ge- gepähten Modellen soll gezeigt werden, wie sich die berufstätige Frau gesund, praktisch und dabei schon leiden kann. Eine Ausstellung von Heimarbeiten aus Heidelberg zeigt ferner, wie unter sachverständiger Leitung von Heimarbeiterrinnen künstlerisch gegebene Arbeit geleistet wird. Die Ausstellung findet im Saal- klauerstraße 221 statt und ist von 10-1 Uhr und von 4-6 Uhr unentgeltlich geöffnet.

St. A. Auf der städtischen Straßenbahn wurden im April im ganzen 5 061 065 April 1916: 2 251 683, 1915: 1 577 1915: 158 180 A) eingenommen wurden. Abgefahrene Wagenkilometer (im April 1916: 528, 1915: 447, 1914: 282) und 50 A) Einnommen (im April 1916: 42 A, 1915: 38 A, 1914: 36 A). — Auf der Karlsruher Lokalbahn wurden im Monat April 284 893 (April 1916: 212 521, 1915: 182 607) Personen befördert. Eingenommen wurden 38 586 A (1916: 26 259 A, 1915: 23 887 A).

134
Rundschau
Zurück
Nachdem
die Zugew
Turner teilw
Klassenläs
zur eine Kl
„militärisch
bürgerlichen
auch ohne W
bezügliche
Kriegesang
Krieges verb
sind die Bed
werden, daß
nur der aktiv
findet. Das
unseres Blatte
Turner sch
* Orten
Staatsbeam
kalt auf den
Herrn Prof.
Leben hoch
auch kurze
schalt es sich
Do wir noch
genießen sei
he keinen Ga
genießen. Je
in getrocknet
Das Sammel
in der Küche
Büchermis
verschiedene eig
wert ist nicht
andere Kost a
Friedrich zu Kar
10 Stunden ein
Ein kleiner B
ermas Wirtze
recht schmackh
die Gemüße me
ist zubereitet.
weihen: Man
Kenne Salz un
heim Sammel
es den roten
genommen we
Mangungen un
gerade in der
schonnt werden
Durch eine
Kühlerischer W
die Anwesende
zur Gemüßere
kamen seien die
ein Triebe von
hohem Stengel
toren Blätter
hohen können
und Bienenkör
Durch reich
gebotene An
Löffelstange
Veranhaltung.
Hieberman
von toller Lusti
Nob dem fröhli
ich wieder einm
ist ließ zu un
1 und 3 h
Kaugebauer
Wale war sehr
ein wenig die G
ist gut. Brunt
so gut wie alle
renne, doch flügel
ambrei. Da p
Nellungen im m
er sich in die
ente man sich,
der Weisen des
Gottbeater.
nill“, ein drama
das von Emil
Schulle dieser
Ehlpelzt zur W
Jahre 1908 das
gehen. Im Ja
Der fahrende S
Emil Götz, „W
Veranstaltung
Jahre 1913 Götz
theaters im Mün
Kaufaufführung
Das deutsche
Von dem reich
hohen Kriegsjah
produktion mit
von Fremde und
durfte aus der
wie den an den
wie durch Hunger
wie Plan hätte j
eine Deutschen
den Träumen un
überall in a
Wiel und Bege
werden. In die
den selbstlich
versteuert. A
die mangelnden
we, obwohl aus
nicht allen eine
nennen bei tabell

Seite 4.

Bundessturnfahrt des Arbeiter-Turnerbundes. Der Arbeiter-Turnerbund Deutschlands hatte auf seinem Bundeskongress in Bamberg 1913 beschlossen, im kommenden Jahre 1918 sein erstes Bundessturnfest in Leipzig abzuhalten. Der Weltkrieg hat dieses Vorhaben zunächst gemindert, die Veranstaltung muß auf spätere Zeit verschoben werden. An ihrer Stelle findet nun bereits in diesem Jahre eine zentrale Veranstaltung großen Stils für den gesamten Bund an einem Tage statt. Am 22. Juli unternehmen sämtliche Kreise und Bezirke eine Turnfahrt, von etwa dreihundert Marktschneidern. Daran schließt sich die Abwicklung eines, von der Bundesleitung vorgeschriebenen turnerisch-sportlichen Einheitsprogramms, das aus allgemeinen Freiübungen, vollständigen Wettkampf und Wettspielen besteht. Das Fest ist besonders für die Jugend gedacht, doch können an dem Wettkampf auch ältere Turner teilnehmen. Es sind für männliche Teilnehmer drei Altersklassen vorgesehen. Die Turnerinnen jeden Alters bilden nur eine Klasse. Die Veranstaltung ist als ein Gegenstück zu den „militärischen Zwecken dienenden Wettkämpfen im Wehrtum der Bürgerlichen Verbände“ gedacht; es soll gezeigt werden, daß es auch ohne Verabfolgung äußerer Ehrenabzeichen möglich ist, die Jugend körperlich tüchtig zu machen und damit ein gesundes und aktives Geschlecht zu erzeugen. In einer Zeit des allgemeinen Niederganges der Volkstugend als Folge des männermordenden Krieges verdienen die Bestrebungen des Arbeiter-Turnerbundes größte Beachtung. Es darf daher die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Veranstaltung eine zahlreiche Beteiligung nicht nur der aktiven Turner, sondern auch der Arbeiterbevölkerung findet. Das Ziel der Turnfahrt ist für den Verbreitungskreis unseres Blattes Forstheim (Turnplatz der dortigen Freien Turnerschaft).

Gartenbauverein. Die am letzten Mittwoch abgehaltene Monatsversammlung des Gartenbauvereins war wohl mit Rücksicht auf den angelegentlichsten Vortrag sehr gut besucht. Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Klein, Direktor des botanischen Instituts der Techn. Hochschule hier, sprach über „Bildgemüse“. Wenn auch kurzzeit reichlich Gartengemüse zur Verfügung stehen, empfiehlt es sich doch den Wildgemüse einige Beachtung zu schenken. Da wir noch für längere Zeit auf unsere eigene Produktion angewiesen sein werden, wird es gut sein, insbesondere für solche, die keinen Garten besitzen, sich mit der Sammlung von Wildgemüsen, die sowohl in freier Natur als auch im Winter und Frühjahr im getrockneten Zustand verwendet werden können, zu befassen. Das Sammeln hat in der Weise zu geschehen, daß beim Pflücken in der Küche möglichst wenig Arbeit mehr nötig ist. Die meisten Wildgemüse werden am Vorteilhaftesten wie Spinat zubereitet; verschiedene eignen sich auch zur Bereitung von Salat. Der Nährwert ist nicht gerade groß; die Wildgemüse tragen aber dazu bei, andere Kost abwechslungsreicher zu gestalten, insbesondere als Zusatz zu Kartoffelgerichten. Die getrockneten Gemüse sind 12 bis 14 Stunden einzuwässern und darauf im Einweichwasser zu kochen. Ein kleiner Zusatz von gutem Mehl (nicht Schwarzmehl) und etwas Würze (Muskatwurz und dergleichen) werden die Gemüse recht schmackhaft gestalten. Verschiedene Arten gemischt werden die Gemüse meist besser munden, als wenn man nur eine einzige Art zubereitet. Auch zu Würzsaft lassen sich Wildgemüse verwenden: Man wägt die Blätter klein, mischt sie mit der gleichen Menge Salz und bewahrt das Ganze in geschlossenen Gefäßen auf. Beim Sammeln ist darauf zu achten, daß man keine Giftpflanzen dazu bekommt, besonders zu warnen ist vor der Tollkirsche und dem roten Fingerhut. Auch soll das Sammeln nur dort vorgenommen werden, wo es ohne Beschädigung von Wäldern, Anlagen und dergleichen geschehen kann. Der Landmann darf gerade in der jetzigen Zeit verlangen, daß seine Felder möglichst schonend werden.

Durch eine große Anzahl von dem Vortragenden in bekannt familiärer Weise hergeleiteter meist farbiger Lichtbilder wurden die Anwesenden mit den hauptsächlich bei uns vorkommenden und zur Gemüsebereitung geeigneten Pflanzen bekannt gemacht; einige davon seien hier genannt: Schmalzblättele, Löwenzahn, die jungen Triebe von wildem Spargel, Brennessel, Brunnenkresse (mit hellem Stengel), Bitterkresse (mit feinem Stengel), Bärenschnauze, deren Blätter etwas fettig sind, Dotterblume (die Blütenblätter können als Ersatz für Kapern verwendet werden), Wegwarte und Weidenröschen.

Durch reichen Beifall gaben die Anwesenden ihrem Dank für das Gebotene Ausdruck und die Verlobung von meist blühenden Lappsalzungen an die Mitglieder bildete den Schluß der lehrreichen Veranstaltung.

Hoftheater Karlsruhe.

„Hibernia“. Gleich in der Overtüre kam der stete Wechsel von toller Lustigkeit und reizender Sentimentalität zum Ausdruck. Mit dem fröhlichen Auftakt folgte eine Aufführung, über die man sich wieder einmal freuen konnte. Nur das Zusammenspiel im 1. Akt ließ zu wünschen übrig. Zum Teil lag das an der Regie. Kengebauer und Frau v. Ernst. Auch Fräulein Friedrichs spielte sehr hübsch, namentlich im 1. Akt. Später fehlte ihr ein wenig die Gewandtheit. Als blasiertes, blutjunges Fräulein spielte Fräulein Bruntz nicht mehr am Platz. Dem Bringen fehlte es gut wie alles. Auch Gänke liegt der Gefängnisdirektor nicht gerade, doch fügte er sich ein. Ziegler (Doktor Halle): einwunderbar. Dapper verdrückt sich seine an sich nicht schlechten Leistungen immer durch die unausstehliche Aufdringlichkeit, mit der er sich in Szene setzt. Doch, wie gesagt: am Gesamteindruck konnte man sich, allerdings auch dank der unverwundlichen Schönheit der Weisen des alten Herrn Johann Strauß, nicht stören.

Hoftheater. Die Generaldirektion hat die beiden Stücke „Schelmo“, ein dramatisches Gedicht, und „Schwarzfingler“, ein Lustspiel von Emil Götts, erworben. Das letztere Werk wird am Schluß dieser Spielzeit, das erstere im Laufe der kommenden Spielzeit zur Aufführung gelangen. Von Emil Götts wurde im Jahre 1908 das Lustspiel „Mauerwerk“ als Uraufführung hier gegeben. Im Jahre 1906 kam hier die einaktige Oper Edgar Hoffs „Der fahrende Schüler“ zur Aufführung, deren Text nach der in Götts' „Verbotene Früchte“ gegebenen Neugestaltung des Textes im Jahre 1913 Götts' „Fortunatas Wik“ von Mitgliedern des Hoftheaters im Künstlerhaus und im Theater in Baden-Baden als Uraufführung gegeben.

Not macht erfinderisch.

Von dem reichen Schatz unserer deutschen Sprachdichtung hat in diesen Kriegsjahren kein zweites seine Wahrheit und Daseinsbedeutung mit solch wichtiger Lederzeugung nachgewiesen. Ringsumher sind die häßliche Feinde wohin das Auge blickt. Von jeder Seite aus der Uebersee abgedrängt, sollen wir in der Heimat mit den armen Vorkriegsrepublikanern feierlich erprobten Mitteln durch Hunger und Krankheit vertrieben werden. Dieser rühmliche Plan hätte jedenfalls manche Erfolge erzielt, wenn wir eben unsere Deutschen wären, die man in der Geschichte ironisch das Volk der Träumer und Denker nennt.

Überall in allen Berufsständen findet der deutsche Geist auf neuen und Wege, die Ansprüche unserer Feinde zu Schanden zu machen. In diesem von der Sorge um das Vaterland eingegebenen selbstlosen Streben ist es auch kürzlich dem heiligen Handwerksmeister Karl Ruf im Stadteil Mühlburg gelungen, für die mangelnden Lederrohstoffe eine Ersatzsohle zu konstruieren, die, obwohl aus Holz hergestellt, hieglam ist wie Leder und durch allein eine leichte Verarbeitung, selbst durch Maschinen, auch bei taubellosem Ansehen auch einen bequemen Gang ohne

das lästige Klappern, das Holzsohlen sonst eigen ist, ermöglicht. Fußwarm, wasserdicht und äußerst preiswert wird die Sohle in den nächsten Tagen durch eine gemeinnützige Gesellschaft, welche die Herstellung und den Vertrieb übernommen hat, auf den Markt gebracht werden.

Neues vom Tage.

Furchtbares Erdbeben in Nicaragua.

Mehrere Städte vollständig zerstört. San Juan del Sur (Nicaragua), 8. Juni. (Reuter.) Ein Telegramm aus San Miguel (San Salvador) meldet: Die 60 000 Einwohner zählende Hauptstadt San Salvador ist vollständig zerstört, ungewiss, ob durch ein Erdbeben oder durch den Ausbruch eines Vulkans. — Ein weiteres Telegramm von Regucigalpa besagt: Auch sechs andere Städte wurden zerstört. Das letzte Telegramm, das noch aus der Trümmerstätte eingetroffen ist, meldet: Rings in einem Umkreise von 40 Meilen ist alles zerstört. Die Einwohner von San Salvador lagern in den Straßen und Parkanlagen. Vermutlich ist das Unglück durch den Ausbruch des Vulkans verursacht, an dessen Fuß die Stadt gelegen ist. Wie die Gesandtschaft von San Salvador mitteilt, hat das Erdbeben 50 Tote und über 100 Verletzte gefordert. In der Hauptstadt hat es keine Menschenverluste gegeben. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Rejos geschätzt.

Aufdeckung einer großen Geheimflächerei.

In Höchst a. M. entdeckte durch Zufall ein Polizeibeamter in dem Baderaum einer Schweinefabrik eine Geheimflächerei großen Umfangs. Der Beamte fand in dem Raum zwei Metzger und einen Arbeiter vor, die bereits fünf Schweine im Gewicht von je 150 bis 200 Pfund abgeschlachtet hatten, während noch sechs lebende Schweine ihres Schicksals harren. Sofort eingeleitete Untersuchungen ergaben, daß in dem Baderaum schon drei solcher Schlachtungen von einer erheblichen Anzahl Schweine vorgenommen waren. Ferner wurde ermittelt, daß die Schweine von einem Viehhändler aus Eschborn bezogen und im Auftrage des Hotelbesizers Vogel aus Eschborn geschlachtet waren. Die Untersuchung in der Küche ergab, daß die Fleischstücke nicht sauber sind. Die Metzger und der Arbeiter wurden vorläufig in Haft genommen. Die Schweine überweist man der Kreisfleischerei. In der letzten Zeit konnten wir wiederholt über Geheimflächereien berichten. Damit ist das Rätsel auch gelöst, woher an vielen Orten das sogen. „markenfreie Fleisch“ kommt. In den bürgerlichen Tageszeitungen kann man seit Wochen Inserate finden, die zum Besuche der Metz- und Baderorte einladen. Oft ist noch die Bemerkung angefügt, für gute und ausreichende Ernährung ist gesorgt. Betrug und Schwindel sind die Mittel, mit denen dieweil die gute Ernährung der reichen Hausgenossen möglich gemacht wird.

Wegen einer Proffarte!

Ein Ingenieur Schornow in Berlin klagte eines Tages einem neben ihm im Restaurant sitzenden unbekanntem Herrn, daß er infolge Herabsetzung der Portation oftmals mit seiner Familie hungern müsse. Der Herr erwiderte: „Ich erhalte von meinen Schwiegereltern aus Ostpreußen diesfalls Lebensmittel gesandt, so daß ich meine Proffarten nicht sämtlich ausnützen kann. Ich bin deshalb gern bereit, Ihnen eine Proffarte zu verabreichen.“ Der Ingenieur nahm die Proffarte mit Dank an. Der Vorgang kam auf bisher unaufgeklärte Weise zur Kenntnis der Behörde. Die Folge war, daß sich der Ingenieur vor dem Schöffengericht Berlin Mitte wegen Schleicherei zu verantworten hatte. Der Staatsanwalt beantragte vier Wochen Gefängnis! Der Gerichtshof ging jedoch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf sieben Wochen Gefängnis. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dreslow, führte in der Urteilsbegründung aus: Der Angeklagte mußte annehmen, daß wer in der jetzigen Zeit ohne weiteres eine Proffarte verschlenke, sie nicht in reeller Weise erworben habe. Da die Handlungsweise des Angeklagten geeignet sei, die Volksernährung in höchstem Grade zu gefährden, so mußte auf eine hohe Strafe erkannt werden. Der Angeklagte wird gegen das Urteil Berufung einlegen. Eine solche Härte vernimmt man in den Urteilen gegen Lebensmittelwucherer nur allzu oft.

Letzte Nachrichten.

Neue Verrentungen.

WW. Berlin, 11. Juni. (Amlich.) Durch unsere U-Boote sind im Atlantischen Ozean u. a. versenkt worden: Der englische bewaffnete Dampfer „America“ (6827 Tonnen), ein englischer bewaffneter Dampfer von 4000 Tonnen mit Munition, ein weiterer bewaffneter englischer Dampfer von 8000 Tonnen und ein Dampfer von 4000 Tonnen.

Französische Kämpfe.

WW. Berlin, 11. Juni. Ueber die Zustände in der russischen Armee schreibt der „Temp“ vom 6. Juni: Wir wissen immer noch nichts über die Verfassung der russischen Armee und der Stappeneinrichtungen, die zur Unterhaltung der Armee dienen. Wir wollen glauben, daß die Kundgebungen in Kronstadt nur lokaler Natur sind. Nichtsdestoweniger folgt daraus, daß die Anarchie, die in diesem unglücklichen Lande herrscht, den Erfolg der Verlängerung des Krieges haben kann.

Französische Fliegerangriffe auf lothringische Orte.

Berlin, 11. Juni. In der Nacht vom 4. zum 5. Juni haben feindliche Flieger in zahlreichen Schwärmen und eingestiegenen Flugzeugen auf eine Reihe Ortschaften zwischen Mosel und Saar Bomben abgeworfen. Die meisten von ihnen richteten keinen Schaden an. Nur in dem Dorfe Doringen wurden drei Häuser schwer beschädigt und eine Person leicht verletzt. In Gatz, einem Dorfe halbwegs Metz und Metzger, wurde das Schwelmerhaus getroffen und der Bürgermeister und seine Frau getötet. Mehrere Bomben wurden wohl- und ziellos in Dörfern und in freies Gelände zerstreut.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich diese Angriffe nicht gegen die deutschen Industriewerke des Saargebietes gerichtet haben. In der fraglichen Nacht haben feindliche Flieger dort nirgends Bomben abgeworfen. Alle heimgejudeten Ortschaften liegen auf der lothringischen Höheebene weit hinter der Front und fernab jeder Wahnstation. Für die Besetzung durch Truppen und Soldaten oder als Magazinsorte kommen sie niemals in Betracht. Diese friedlichen, oder lautlosenden Dörfer und Städtchen haben die feindlichen Flieger in sinnlosem Zerstörungskrieg überfallen. Wir können solche Kriegführung nicht anders als verächtlich bezeichnen. Der Angriff auf offene Ortschaften und harmlose Landbevölkerung bleibt seit der Kriegserklärung ein Verbrechen der für die Kultur kämpfenden Entente.

Der landwirtschaftliche Anbau in Rumänien.

WW. Berlin, 11. Juni. Die landwirtschaftlich bestellte Fläche im Gebiet der Militärverwaltung in Rumänien betrug in den letzten Friedensjahren 270 Millionen Hektar. Sie umfaßt dieses Jahr trotz des Krieges 266 Millionen Hektar. Steht also nur um 40 000 Hektar hinter dem Frie-

densanbau zurück. Davon sind bestellt mit Weizen und Mais je 1.1 Millionen Hektar, mit Getreide 80 000 Hektar, mit Hülsenfrüchten 23 000 Hektar.

Diese Leistung ist umso bemerkenswerter, als infolge des langen Winters die Frühjahrspflanzung erst anfangs April beginnen konnte. Der Saatenstand ist fast überall zufriedenstellend.

Ein Sinn-Feiner verhaftet.

WW. London, 11. Juni. (Reuter.) In der letzten Nacht wurde in Dublin der Sinn-Feiner Graf Blunckett, der in einer verbotenen Versammlung eine Ansprache zu halten versuchte, verhaftet. Es kam dabei zu aufrührerischen Szenen, bei denen ein Polizeieinsprektor getötet wurde.

Das amerikanische Expeditionskorps.

WW. Berlin, 12. Juni. Aus Genf wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß das erste amerikanische Expeditionskorps für die Westfront nicht 9000, sondern 70 000 Mann stark sein solle. Ein amerikanisches Geschwader, bestehend aus Torpedobootzerstörern und Patrouillenbooten, das mit Entente-Kriegskräften im Ozean operieren solle, werde erwartet.

Die chinesischen Wirren.

WW. Berlin, 12. Juni. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Haag berichtet wird, ist nach einer Meldung aus Hongkong eine Deputation aus Peking in Tientsin angekommen, um die militärischen Machtverhältnisse zu besprechen, ihren Vorschlag auf die chinesische Hauptstadt einzustellen. Die Truppen eines Generals befinden sich bereits 30 Kilometer vor Tientsin und erwarten den Befehl zum Einmarsch.

Wasserstand des Rheins.

12. Juni. Schifferinsel 2 87 m, gest. 22 cm, Rehl 3 70 m, gest. 20 cm, Magau 5 28 m, gest. 7 cm, Mannheim 4 42 m, gest. 3 cm.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Wilhelm Reib; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Durlacherstraße 24.

Briefkasten der Expedition.

H. R. Berghausen. Der „Volkstempel“ wird an die aufgebene Feldpostadresse ab 1. Juni nachgeliefert. Den Betrag erhebt unser dortiger Filialinhaber monatlich.

Bekanntmachung

über Beschlagnahme, wiederholte Bestandshebung und Ent-eignung von Destillationsapparaten aus Kupfer usw. Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündungsblatt veröffentlichen in obiger Sache eine Bekanntmachung des Kgl. stellvertretenden Generalcommandos des XIV. Armee-korps vom 15. Mai 1917, auf die hiermit hingewiesen wird. Diese Bekanntmachung kann auch bei dem Großh. Bezirksamt und den Bürgermeisterämtern eingesehen werden. 1821

Karlsruhe, den 9. Juni 1917. Großh. Bezirksamt.

fett-Verteilung.

Am Dienstag, den 12. und Mittwoch, den 13. Juni 1917, wird in den Fettverkaufsstellen Nr. 109 bis 222 einschließlich an die dafelbst eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstfett, fett und Margarine) abgegeben. Kopfmenge 150 Gramm gegen die Fettmarken A und B Nr. 61.

Militär, Kranlenzuzug- und Besuchsarten werden in den bekannten Stellen eingelöst, nämlich: in unsern beiden Verkaufsstellen Kriegsstraße Nr. 80, Fett-Verkaufsstelle Nr. 1, Douglasstraße Nr. 24, Fett-Verkaufsstelle Nr. 2 und in der Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße Nr. 25, Fett-Verkaufsstelle Nr. 3, sowie bei der Firma Karl Dietzsch zur Butterblume Malienstraße Nr. 29, Fett-Verkaufsstelle Nr. 4.

Wir verweisen im übrigen auf unsere Bekanntmachung vom 5. Mai 1917. Frist der Abrechnung: Freitag, den 15. Juni 1917. Karlsruhe, den 9. Juni 1917. 1820

Verteilung von Einmachzucker

Nachdem ein erheblicher Teil der uns als Einmachzucker zuge-lieferten Zuckermenge nunmehr in den letzten Tagen eingetroffen ist oder in den nächsten Tagen eintreffen wird, werden wir den

Einmachzucker

in der nächsten Woche zur Verteilung bringen. Kopfmenge: 3 Pfund gegen die Zuckermarke Nr. 62. Sammelmarken können nicht eingelöst werden. Karlsruhe, den 12. Juni 1917.

Kochfertige Suppen.

Wir haben in der Lebensmittelverteilung für die laufende Woche

Kochfertige Suppen

zum Verkauf gebracht. Für die Verwendung derselben veröffentlichen wir folgende

Kochanweisung

Für einen Teller Suppe sind 15-20 Gramm Suppenmasse nötig. Zunächst rühre man die Masse in etwas kaltem Wasser glatt an, lasse sie alsdann unter ständigem Rühren in kochendem Wasser einlaufen und halte sie unter ständigem Umrühren ungefähr 30 Minuten in schwach kochendem Zustande. Die Suppe gewinn, wenn dieselbe vor dem Anrichten einige Minuten zugedeckt stehen gelassen wird. Die Masse ist leicht gerahmt. Gewünschte Meh-zugabe an Salz empfiehlt sich erst nach dem Anrichten. Karlsruhe, den 12. Juni 1917. Städtisches Nahrungsmittelamt.

Bekanntmachung.

Ablieferung von Aluminium.

Das Aluminium ist aus den Straßen, die mit Buchstaben

H oder J beginnen, vom 13.—16. Juni bei der Annahmestelle Karlstraße 30 in der Zeit von 8—1/2 1 und 1/2 3—7 Uhr abzuliefern. 1814

Karlsruhe, den 9. Juni 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

54. Dankagung.

In Spenden für das Rote Kreuz sind aus der Stadt Karlsruhe bei unserer Kassenverwaltung vom 1. bis 31. Mai weiter abgeliefert worden von: Sr. Großh. Hoheit Prinz Max und Ihrer Maj. Hoheit Prinzessin Max von Baden 1000 M., Anteil am Kriegeretat Traumann (w. G.) 100, darunter 50 M. für Gefangene, Verband deutscher Prehelfabrikanten, Betriebsstelle Karlsruhe K. Geh. Oberverr.-Mat. Seldner (w. G.) 50, Vereinerinnen der Frauenarbeitschule (f. Mai) 50, Frau Baurat Amalie Dummel Witwe (w. G.) 50, W. Linger (f. Korfen von 1 Soldat) 0,87, Unterbeamten-Verein der deutschen Seeresverwaltung 14. A.-R. (für Soldatenheim) 30, Landger.-Mat. Dr. Jordan (w. G.) 88,75, Schriftsteller Fabricius aus Holland (f. Lazarette) 100, Geh.-Mat. Baume (für Mai) 10, Landger.-Mat. Müller aus der Vormundschaft von Fel. Zittel in Emmendingen 100, Landger.-Präf. (Metall) 1,70, Wilh. Nothhermel, Generalagent 50, Landger.-Präf. Dr. A. Trefzger (33. Gabe) 100, Frau Auguste Romberg 25, Bauinspektor Romberg 25, Stadtkasse G. M. 20, Anteil an den Gehaltsabzügen der Beamten und Lehrer 1147,05, Ingenieur Döhlenius (w. G.) 100, Jden, Walschanitz (w. G.) 40, Rechtsanw. Dr. F. Fürt (w. G.) 100, Abteiliges Damenstift 500, Frau E. (w. G.) 20, Militär. Prüfungsstelle Karlsruhe für Privattelegramme an das Feldheer 202,02, Privatier M. Stellberger (w. G.) 20, Gr. Landgericht (in einer Straffache konfiz. Betrag) 15,58, Lebz, cand. arch. 10, Major Heuser 30, Unteroffizier Sichel 3, Haushofmeister Dlogge (w. G.) 5, Oekonomiehändler Huber 8, Landstern. Karl Schlemmer 10, Frau Landger.-Mat. Dr. Raas 50, durch die Rhein. Erbschaft von: Oer. Landger.-Direktor (w. G.) 100, Hofrat Dr. Tröb (f. Mai) 30, E. N. 1000, Oberl.-Ger.-Mat. Hermann Wolf 50, Hof. Ober-Baurat Prof. Dr. Warth (w. G.) 40, Joseph Sautier (w. G.) 150, Geh. Oberbaurat Weinbrenner 40, Ungenannt 11,40, Ungenannt (monatl. Spende) 50, Geh. Hofrat Dr. Blum (f. Mai) 100, Prof. Dr. Ludwig Krasperger (w. G.) 50, Geh. Rat Duffner 50; durch das Panthaus Straus u. Co. von: W. A. Straus (f. Liebesgaben im Mai) 100, Dr. M. Straus (f. Mai) 100, Berta Gutmann Wwe. (f. Mai) 25, Direktor B. Giesler (w. G.) 15, Bauinspektor Stoll (w. G.) 100; im ganzen bis heute 1304 504,77 M., darunter für den Liebesgabenfonds 288 289,57 M.

Für das Fernwunderheim gingen ein von: Frau Dr. Rich. Seelgmann 50, Frau Meier-Gittinger 10, Frau Prof. Hofmann 5, im ganzen bis heute 9767,79 M.

An Naturalgaben sind an die hiesigen Lazarette weiter abgegeben worden von: Frau Gräfin zu Solms, Hoiprediger Fischer, Fundbüro der Straßenbahnen, Helferrinnenbund, A. E. Duffner, Fel. Wagner, Heinrich Schierl, Depot, sämtliche von Karlsruhe Königsbach, Freifrau v. St. André, Wobersweier, Pir. Stengel, Dertingen, Bürgerwehr, Diebu und Schneiderm. Rothschilb, Waldshut, Ortsauschau v. Rote Kreuz, Gondelsheim, Frau Gräfin Douglas, Nennungsabst. 78, 3. Patl. Komp.-Führer Weber, Bajel, E. N. Reim, Stuttgart, Waldorf-Viktoria-Zigarettenfabrik, Dertingen, Martin Dinkel, V. Baden, Fel. Clara Wuhl, Königsfeld, Frauenverein u. Frauenmissionsverein, Mannheim, S. Simon u. Co., Gogsfeld, Frauenverein. 1808

Für alle Gaben herzlichen Dank!

Bekanntmachung.

Während des Sommers wird auch in diesem Jahr wieder auf dem Sonntagplatz, Lutherplatz und im Sallenwäldchen bei gutem Wetter täglich von 4 bis 6 Uhr eine Leitung der Kinderpiele durch Kindergärtnerinnen stattfinden. 1817

Beginn: 13. Juni.

Karlsruhe, den 12. Juni 1917.

Badischer Frauenverein Abteilung II.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgebote. Ludwig Dummel von Weingarten, Wagner alda, mit Rosa Winkler von hier. Erich Burison von hier, Lehramtspraktikant hier, mit Emilie Brand von München. August Kramer von Bonndorf, Maler alda, mit Wilhelmin Karcker von Briesheim. Julius Hoffert von hier, Goldarbeiter hier, mit Gottlieb Spiegel von Ottenhausen.

Eheschließungen. Hans Vertam von Ostorf, Büroassistent hier, mit Anna Zepf, von Freiburg. Anton Oble von Detsch, Theater-Friseur in Bremen, mit Hilda Rothfuß von hier. Josef Metz von Haujen, Küfer in Wiberach, mit Elisabeth Wegler von Schwelzer.

Geburten. Alfons Anton, V. Ferdinand Fischer, Ingenieur. Margarete Elisabeth, V. Friedrich Bornberger, Konditor. Pauli Michael, V. Karl Gremmelmaier, Schlosser. Wilhelm, V. Wilhelm Süpffe, Zimmermann. Josef, V. Josef Schläfen, Straßenbahnkassierer. Lina Anna, V. Karl Bonnet, Einleger. Egon Siegfried Rudolf Karl, V. Max Franke, Zahnmeister. Klara, V. Otto Rau, Kangleidner. Brigitta Anna Maria, V. Karl Schmitt, Bau, Kangleidner. Johanna Luise und Marie Hilda, Zwillinge, V. Georg Wandres, Schuhmacher. Werner Rolf Hans, V. Hermann Fischer, Kaufmann. Walter Adelbert Theodor, V. Oskar Nothhermel, Buchhalter. Alfred, V. Karl Rind, Bierführer. Siegfried Erich, V. Erich Krone, Kaufmann. Karola Margarete, V. Josef Benschauer, Kaufmann.

Todesfälle. Karl Lorenz, Schuhmacher, Witwer, 77 J. alt. Magdalena Niffel, Haushälterin, ledig, 61 J. alt. Friedrich Gramlich, Oberlehrer, Witwer, 66 J. alt. Georg Kling, Maurer, Ehemann, 38 J. alt. Jakob, 9 Tage alt. V. Jakob Kuntz, Bahnarbeiter. Martin Spies, Milchhändler, Ehemann, 56 J. alt. Erwin Noier, Kaufmann, Ehemann, 33 J. alt. Anna Heine, Köchin, ledig, 34 J. alt. Mathilde, 3 J. alt. V. August Dettling, Steinbauer. Pauline Dichtenwaller, 70 J. alt. Witwe von Hermann Dichtenwaller, Tagelöhner. Mathilde Lattner, Privat, ledig, 72 J. alt. Emma Reinhard, ohne Beruf, ledig, 24 J. alt. Elisabeth Nagel 80 J. alt. Witwe des Galeriesdieners Gottfried Nagel.

Mehrere
Fuhrleute und Arbeiter

zum sofortigen Eintritt gesucht. 1704

Amtliche Güterbestätterei
Frachtguthalle, Zimmer 7.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
1 gewandten, jungen Ausläufer

sowie

1 Botengängerin.

Badische Kriegs-Arbeitshilfe, Karlsruhe, Kaiserstraße 241. 1828

Tüchtige Kleberinnen

auch für Heimarbeit gesucht. 1825

A. Braun & Co., Karlsruhe
Waldstraße 28.

Ein tüchtiger
Zimmerpolier

sowie

5—6 Zimmerleute

können sofort eintreten. 1827

Karl Messing,
Zimmergeschäft, Kriegstraße 238.

Mädchen

finden Beschäftigung bei 1824

A. Braun & Co., Karlsruhe
Waldstraße 28.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Die auf Dienstag, den 19. Juni 1917 bestimmte Tagfahrt zur Versteigerung des Grundstücks Lgb. Nr. 4018 c Liebigstraße 15 findet nicht statt. 1818
Karlsruhe, den 9. Juni 1917.
Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Künstler-Postkarten

12 Ansichten
aus dem Stadtgarten
von Professor H. Göhler.

15 Ansichten
:: :: aus der Stadt :: ::
von Professor H. Göhler,
W. Hempfing, A. Gebhardt
und H. Müller.

Preis: 10 Pfg. das Stück.

Vorrätig in allen einschlägigen Geschäften. 1816

Ein tüchtiger
Maschinist

für Dampf- und Eis-

maschine und

ein zuverlässiger

Bierführer

sofort gesucht. 1822

M. Prinz, Bierbrauerei

Karlsruhe.

Gesucht.

Arbeiterinnen

werden fortwährend angenom-

men in der 1406

Lumpen-Sortieranstalt

S. Rachmann

Durlach, Pfingstraße 28.

1 erfahrener
Maschinist

und 1819

2 tüchtige Heizer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Städt. Maschinenbauamt

Karlsruhe i. B.

— Kaiserallee 11. —

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 13. Juni 1917, vorm. von 9 Uhr findet im Kassenlokal des Reichshofes: Schwamensstr. 6, 1. Stadtdie

öffentliche Versteigerung der

verfallenen Pfänder

1914 bis mit Nr. 21179

gegen Vorzahlung statt.

Das Versteigerungslokal wird

1/2 Stunde vor Versteigerungs-

beginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Ver-

steigerungstag sowie am Nach-

mittag des vorhergehenden Tages

geschlossen. 1790

Karlsruhe, 2. Juni 1917.

Städt. Pfandleihkasse.

Ausgekämmte Haare

(keine getragenen Arbeiten) faust

Oskar Becker (Haarhandlung),

Kaiserstr. 32.



Nur heute
Dienstag.

Alleiniges
Erstaufführungsrecht!

Henny Porten

und

Ludwig Trautmann

in dem Schauspiel

Die Ehe der

Luise Rohrbach

4 Akte

nach einem Roman von

Emmi Elerl,

Neuer Film

des Bild- und Film-Ami

Berlin

Bilder aus

Deutschen

Gefangenen-

lagern

Weinbergslager

und

Halbmondlager

zu Wünsdorf

bei Zossen.

Das Loch

in der

Pfanne

Lustspiel in 3 Akten.

Nach dem Reuteraschen

Gedicht für den Film

bearbeitet von

Alfred Schmasow.

In den Hauptrollen:

Einar Brunn

Anna Müller-Linke

1816

DanielsKonfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1. Et.

Leichte Blusen

Sommer-Kleider

weich und farbig

Kinder-Kleidchen

Untertailen

Sommer-Unterröcke

Keine Ladenspeisen.

Nähmaschine

gut nähend, billig zu verkaufen

1826 Birkel 13, 2. Et.

Der geehrten Kundschaft die ergebene Mit-

teilung, dass das von meinem verstorbenen Mann

unter der Firma

Carl Weiss, Nachfolger

betriebene

Samen-Geschäft

von mir in unveränderter Weise weiter geführt

wird und bitte ich, das der Firma seither ent-

gegengebrachte Vertrauen auch auf mich gütigst

übertragen zu wollen. 1815

Hochachtungsvoll

Frau Lina Stoll.

Karlsruhe, den 11. Juni 1917.



Ein Rück...

In vier S...

Nach dem...

Soweit ma...

es bringen...

Das aus...

Es ist des...